

Neuer Vorwärts

Nr. 157 SONNTAG, 10. Januar 1937

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Lippe-Detmold
Wegbereiter Hitlers
Grandioseste Fehlanlage
Lauter Freiwillige

Weltwirtschaft 1936

Konjunkturaufschwung — Wiederbelebung des Welthandels — Agrarkrise überwunden

Das Jahr 1936 war ein Jahr zunehmender internationaler Spannung. Verlauf und Ausgang des abessinischen Krieges zerstörte die »kollektive Sicherheit«, die die Grundlage der auswärtigen Politik der Friedensmächte gewesen war, und schuf den akuten englisch-italienischen Gegensatz; der Bruch des Locarno-Vertrages und die Besetzung der Rheinlande war ein Umsturz der militärisch-strategischen Machtverhältnisse zugunsten der aggressiven deutschen Diktatur; der spanische Bürgerkrieg drohte, infolge der Schlüsselstellung Spaniens am Westzugang des Mittelmeeres, zu einer allgemeinen europäischen Konflagration zu werden, und im Fernen Osten bleibt die von Japan ausgehende Bedrohung permanent.

All diese widrigen politischen Einflüsse haben den Aufstieg der Wirtschaft nicht zu hemmen vermocht. Die Erholung der kapitalistischen Welt — wir sehen von der Wirtschaft der Diktatorländer zunächst ab — hat zum Teil erstaunliche Fortschritte gemacht, die Konjunktur hat sich intensiviert und verbreitert.

Aber hat nicht gerade die politische Unsicherheit, indem sie die Rüstungskonjunktur auslöste, die Wirtschaftserholung bewirkt, handelt es sich also nicht um eine bloße Scheinblüte, die wieder welken muß, sobald in der Aufrüstung ein Stillstand eintritt? Eine solche Meinung überträgt nur allzu leicht eine Auffassung, die für Deutschland, Italien und in gewissem Grade für Japan zutrifft, auf die Weltwirtschaft. Für die führenden Träger des Wirtschaftsaufschwungs hat die spezifische Rüstungskonjunktur keine entscheidende Rolle gespielt: in England setzt die Erholung schon bald nach 1932 ein; sie geht aus von der Belebung des Wohnungsbaus, der nur in geringem Maß von öffentlichen Mitteln unterstützt wird, sie wird gefördert durch die verbesserte Exportfähigkeit infolge der fortschreitenden Entwertung des Pfundes, durch den Übergang zum Schutzzoll im imperialen Maßstab und durch den Zusammenschluß einer Reihe von wichtigen Rohstoff- und Industrieländern zur Währungsgemeinschaft des Sterlingblocks. Die britische Prosperität hatte bereits ein hohes Ausmaß erreicht, bevor in diesem Jahre, besonders in seiner zweiten Hälfte, die Aufrüstung einsetzt und die Prosperität eines großen Teils der Industrie zu einer ausgesprochenen Hochkonjunktur steigert. Quantitativ gering war und ist der von der Rüstung ausgehende Impuls auch für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten, auf deren Wiederbelebung viel eher die Wirtschaftspolitik Roosevelts, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die reichen Subventionen an die Farmer, die Beseitigung der akutesten Krisenherde durch die staatliche unterstützte Sanierung der Banken und Eisenbahnen, von Einfluß gewesen ist. Man darf eben nicht übersehen, daß, so gewaltig die Rüstungsausgaben für einzelne Länder ins Gewicht fallen können, namentlich wenn sie auf eine kurze Zeitspanne zusammengedrängt werden, sie für weltwirtschaftliche Größenordnungen weit weniger entscheidend sind.

Das entscheidende Ereignis des Jahres ist die Überwindung der Agrarkrise. Das Zusammenfallen von Agrar- und Industriekrise war im kapitalistischen Wirtschaftsablauf bisher nur zweimal eingetreten: nach den Napoleonischen Krie-

gen und nach der Erschließung der amerikanischen Weizenflächen zu Beginn der 70er Jahre. In beiden Fällen wurde dadurch eine langwährende Depressionsperiode eingeleitet, die nur durch kurzdauernde Aufschwungzeiten unterbrochen wurde. Die Befürchtung war deshalb berechtigt, daß auch diesmal die Überwindung der Krise erst in längerer Zeit und unter den stärksten Hemmungen erfolgen werde. Dies um so mehr, als die Agrarschutzpolitik der europäischen Staaten zur Verschärfung der Situation noch wesentlich beitragen mußte, indem sie trotz der vorhandenen Überproduktion die Ausdehnung des Getreidebaus noch forcierte. Aber bereits im Vorjahr begann eine Wendung, die in diesem Jahre zu einer vollständigen Aenderung der Situation geführt hat. Der Weizenpreis, der in Winnipeg im Januar 87.25 Cents pro Bushel notierte, erreichte am 18. Dezember den Stand von 128 Cents und liegt damit um fast 50 Prozent über dem Vorjahr; Mais stieg in Chicago von 58 auf 108 Cents. Diese Preise stellen Höchstpreise dar, die seit sechs Jahren nicht mehr verzeichnet worden sind. Es sind Preise, welche die Agrarwirtschaft der Getreideüberschuß-Länder wieder rentabel gemacht haben. Das Entscheidende dabei ist, daß nicht nur die neu zur Verfügung stehenden Exportüberschüsse, sondern auch die Getreidevorräte, die in den Vor-

jahren angesammelt worden waren und auf die Preisgestaltung drückten, bis zur neuen Ernte fast vollständig aufgebraucht sein werden, und schon wird die Meinung laut, daß für das kommende Erntejahr mit einer Knappheit der Getreideversorgung gerechnet werden muß. Eine ähnliche Besserung, wenn auch nicht immer in gleich hohem Ausmaß, weisen auch die übrigen Agrarprodukte, namentlich die Baumwolle auf. Die Überwindung der Krise ist zum Teil auf die einschränkenden Maßnahmen der staatlichen Agrarpolitik in den Vereinigten Staaten, Argentinien und Kanada zurückzuführen, zum größeren Teil aber auf natürliche Ursachen, der raschen Aufeinanderfolge ungünstiger Ernten in Uebersee, und im letzten Jahr auch auf den schlechten Ernteausfall in Europa, der Frankreich, Italien und Deutschland wieder zu Einfuhrländern gemacht hat. Jedoch wird es immer wahrscheinlicher, daß Teile der Anbauflächen in den Vereinigten Staaten und in Kanada, die seit 1914 in Bebauung gewesen waren, auf die Dauer dem Getreideanbau entzogen werden müssen. Denn die Dürre und die Sandstürme, die in den letzten Jahren so große Schäden verursacht haben, sind Symptome einer dauernden Bodenerschöpfung. Die Erweiterung der Anbauflächen dürfte eine erhebliche Verlangsamung erfahren; wahrscheinlich kann sogar mit einer Verminderung gerechnet werden.

Nicht nur um Überwindung der Krise, sondern um rasch fortschreitende gute Konjunktur handelt es sich bei fast allen industriellen Rohstoffen. Die Preise der meisten Nichteisenmetalle nähern sich unter Führung von Kupfer und Zinn dem Niveau von 1929 bei stets noch zunehmender Nachfrage. Der Absatz von Petroleum und Kautschuk ist infolge der schnell voranschreitenden Motorisierung und der glänzenden Automobilkonjunktur höher als je. Ausgesprochene Hochkonjunktur herrscht in der Eisenindustrie, und in letzter Zeit wurden fast jede Woche die Ausfuhrpreise des europäischen kontinentalen Eisenkartells, die Inlandspreise in Frankreich, Belgien, England und den Vereinigten Staaten heraufgesetzt.

Zur Überwindung der Agrarkrise, zur guten Konjunktur der Rohstoffe, kommt als drittes allgemeines Moment die Verringerung der Währungsunsicherheit. Der Ende September erfolgten Devaluation der bisherigen Goldblockländer folgte der Abschluß eines internationalen Währungsabkommens zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten, dem dann auch Belgien, Holland und die Schweiz beitraten. Sein Ziel ist, eine tatsächliche Stabilität der wichtigsten Währungen zu sichern, bis eine weitere Besserung und Klärung der internationalen Kredit- und Handelsbe-

Hasardspiel mit dem Frieden

Das Dritte Reich und die Kriegsgefahr

Die deutsche Regierung kann den fröhlichen Ruhm buchen, das erste Ultimatum in dieser gefährlichen Zeit erlassen zu haben. Ihr »Admiral in den spanischen Gewässern« hat der spanischen Regierung eine unverschämte Drohung zugehen lassen, die ganz den Charakter eines Ultimatums hat. Dieser Schritt entspringt dem Prestigebedürfnis der Diktatur. Es ist die Wiederaufnahme der Politik der »gepanzerten Faust« — nur daß diese Politik heute noch verantwortungsloser und brutaler betrieben wird als vor dem Weltkrieg. Die Taten der deutschen Panzerschiffe und Kreuzer und die Notenbegleitung des deutschen Admirals demonstrieren, daß das Dritte Reich die selbstherrliche Gewalt über alles internationale Recht stellen will. Mit diesen brutalen Gewalttaten und diesem Kraftmeiertum will die deutsche Propaganda die deutsche Jugend kriegsbesoffen machen, und das Volk von der ständig wachsenden Not ablenken.

Das Treiben der Hitlerschiffe ist eine internationale Gefahr. Es hat bisher die Antwort auf die englisch-französischen Noten über die Nichteinmischung in Spanien ersetzt. Bis zur Stunde, in der wir dies schreiben, ist die deutsche Antwort nicht erfolgt, und man hat sich in London bereits an das Schicksal des berühmten Fragebogens erinnert gefühlt. Wann immer diese Antwort erfolgt, und wie immer ihre Formeln lauten werden — ihr Wert und die Aufrichtigkeit ihrer Zusicherungen ist überschattet von der fortgesetzten Unterstützung der spanischen Rebellen durch deutsche Mannschaften und deutsches Material, wie von dem Treiben der deutschen Kriegsschiffe in spanischen Gewässern. Dasselbe gilt übrigens auch für die italienische Antwort und das neue Gentlemenagreement über das Mittelmeer. Die neue-

sten Nachrichten über die Landung italienischer Truppen in Spanien sind von der englischen Regierung selbst verbreitet worden.

Während sich die demokratischen Westmächte um die Bannung der Kriegsgefahr bemühen, erhält die deutsche Politik das Feuer der Kriegsgefahr am Brennen. Sie ist es, die die Politik der Nichtintervention zu einer unwürdigen Farce macht, indem sie die Rebellen mit Mannschaften und Material unterstützt. Sie hat der Nichtinterventionspolitik das Prinzip der Intervention entgegengestellt. Die deutsche Erklärung, daß eine kommunistische Regierung in Spanien nicht geduldet werden wird, macht jedes deutsche Bekenntnis zur Nichtinterventionspolitik sinnlos. Man weiß längst, daß der Begriff »kommunistische« für das deutsche System alles deckt, was liberal, freiheitlich im weitesten Sinne des Wortes ist. Hinter dieser Formel verbirgt sich der Vorbehalt, gegen jedes System in Spanien zu intervenieren, das dem Hitlersystem nicht paßt. Die Politik der Zerstörung des internationalen Rechts wird systematisch fortgesetzt.

Die Hasardeurpolitik eines Ludendorff ist nichts gegen die Hasardeurpolitik, die das Hitlersystem betreibt. Der Einsatz dabei ist der europäische Friede — ist vor allem aber auch Zukunft und Existenz des deutschen Volkes.

Lauter Freiwillige!

In den Zeitungen war dieser Tage zu lesen, daß einige deutsche Prinzessinnen beinahe an der holländischen Hochzeit nicht hatten teilnehmen können, weil ihnen die Behörden die Plätze verweigerten.

In denselben Zeitungen war zur selben Zeit von den 20.000 oder 25.000 »deutschen

Freiwilligen« die Rede, die sich in der Armee des Generals Franco befinden.

Man spricht von französischen, deutschen tschechoslowakischen Freiwilligen, die in der Internationalen Brigade für die legitime Regierung kämpfen und von deutschen Freiwilligen, die gegen sie stehen, als ob zwischen Freiwilligen und »Freiwilligen« gar kein Unterschied bestünde.

So werden durch Gedankenlosigkeit oder Furcht vor der Wahrheit die Tatbestände verdunkelt. Alle Welt weiß, daß niemand gegen den Willen der Berliner Machthaber ohne Lebensgefahr die Grenze passieren kann, und man tut so, als ob zehntausende junger Männer Deutschland anders hätten verlassen können als auf ausdrücklichen Befehl.

Die sogenannten »deutschen Freiwilligen« — das ist so selbstverständlich, daß man sich fast schämt, es auszusprechen — sind Truppen, die zur Unterstützung des Rebellengenerals Franco nach Spanien kommandiert worden sind. Hitler führt zu Lande und zu Wasser gegen Spanien Krieg.

Mobilmachung der Opfer

Freiwillige antreten zum Erschießen!

Mitte Dezember haben, wie aus München, Augsburg und Kempten gleichlautend berichtet wird, alle ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau eine Zuschrift erhalten, in der sie angewiesen werden, am ersten Tage nach der erfolgten Mobilmachung durch den deutschen Rundfunk um 8 Uhr vormittags sich im Polizeipräsidium in den Räumen der bayerischen politischen Polizei zu melden. Diese Zustellung haben auch Personen erhalten, die längere Zeit in einem Polizeigefängnis in Schutzhaft gewesen sind.

Was hat das System mit diesen Menschen im Kriegsfall vor?

Lohnbewegungen überall

ziehungen die gesetzliche Stabilisierung ermöglichen würde, die zugleich die Rückkehr zur Goldwährung bedeutete. Die Devaluation hat namentlich in Holland und in der Schweiz, in geringerem Maße in Frankreich, zu einer raschen Rückkehr der Flichtkapitalien, zu einer Senkung des Zinsfußes, zu einer Anregung der Exporttätigkeit und zu einer allmählichen Belebung der Wirtschaft geführt, die den Anschluß an die Prosperität der Länder des Sterlingblocks und der Vereinigten Staaten erleichtert. Besonders bevorzugt wird dadurch die Wirtschaft Hollands, dessen Kolonialprodukte — Kupfer, Zinn, Kautschuk, Petroleum, Tabak — ohnehin durch die Rohstoffkonjunktur schon begünstigt — aus der Guldenentwertung große Extragewinne erzielen.

Die industrielle Konjunktur hat unter der Führung Englands und der Vereinigten Staaten ihren Aufstieg im Jahre 1936 rasch fortgesetzt. In England sind die meisten Industriezweige bereits in das Stadium der Hochkonjunktur eingetreten. Das gilt namentlich für die Eisen- und Stahlindustrie, deren Produktion bereits die Höchstzahlen der Vorkrisenperiode bedeutend übertrifft und trotz fortgesetzter Erweiterung der Anlagen die Nachfrage des Innenmarktes kaum zu befriedigen vermag, obwohl die Einfuhr vergrößert und die Ausfuhr vermindert wurde. Ähnliches gilt für den Maschinenbau. Aber auch die Konsumindustrien, die Einzelhandelsumsätze, der Absatz elektrischer Stroms weisen Rekordzahlen auf und die Automobilindustrie hat ihre Erzeugung im Laufe der letzten fünf Jahre verdoppelt. In letzter Zeit zeigen sich auch deutliche Erholungssymptome in den Zweigen, die von der Krise am schwersten betroffen waren, in der Textilindustrie und im Kohlenbergbau. Dieser Übergang zur Hochkonjunktur ist in letzter Zeit durch die Ansprüche der Aufrüstung stark beschleunigt worden und Befürchtungen über einen etwaigen Rückschlag werden vernehmlich.

In den Vereinigten Staaten nähert sich die industrielle Produktion ihrem Höchststand von 1929. Zum Teil infolge der staatlichen Subventionspolitik war die amerikanische Wirtschaftserholung zunächst am ausgesprochensten im Bereich der Konsumgüterindustrien; im Jahre 1936 dehnt sie sich aber immer deutlicher auf die Produktionsmittelindustrien aus. Die Lage der Eisenbahnen und der Versorgungsbetriebe bessert sich und ihre Auftragserteilung an die Eisen- und Stahlindustrie nimmt rasch zu. Während der Krise hat die amerikanische Schwerindustrie Ersatzanschaffungen und Erneuerungen auf das äußerste beschränkt, die jetzt nachgeholt werden müssen. So beginnt — im Gegensatz zu England — in den Vereinigten Staaten erst jetzt die Investitionskonjunktur, während ein großer Teil der Konsummittelindustrien bereits im Stadium der Hochkonjunktur sich befinden, vor allem die Textilindustrie und die Automobilherzeugung, die wohl 1937 die Produktion von 1929 von 5,6 Millionen Wagen, die 1933 auf unter 2 Millionen gesunken war, übertreffen wird, und der lange darniederliegende Baumarkt deutliche Zeichen der Belebung aufweist. Ausgesprochene Prosperität herrscht in den skandinavischen Staaten, besonders in Schweden, und deutliche Erholung kann Belgien verzeichnen.

In schärfstem Gegensatz zu Deutschland und Italien erstreckt sich der Aufstieg in der übrigen Welt über alle Wirtschaftszweige und insbesondere auf die Konsummittelindustrien. Mit anderen Worten: die Produktionsenergie geht Hand in Hand nicht nur mit einer Steigerung der Rentabilität, sondern auch mit einer erheblichen Besserung der Lebenshaltung der breiten Massen. An der Spitze steht heute vielleicht Schweden, das Land ohne Kolonien, ohne eigene Rohstoffe außer Eisenerz und Holz, aber nicht nur ohne Fett- und Butternot, ohne Rohstoffmangel, sondern auch das Land fast ohne Arbeitslosigkeit und vielleicht dem höchsten Lebensstandard unter der europäischen Arbeiterschaft.

Aber auch in England sind die Lohnkürzungen aus der Krisenzeit längst beseitigt und in den letzten Monaten hat die Arbeiterschaft fast in allen Zweigen bedeutende Lohnerhöhungen meist ohne Kampf durchsetzen können. Da sich gleichzeitig die Lebenshaltungskosten noch unter dem Stand von 1929 befinden, ist der Reallohn der beschäftigten Arbeiter wohl der höchste je verzeichnete. Zugleich

Die Verbesserung der Wirtschaftslage, die im letzten Jahr in der ganzen Welt, bloß nicht in Deutschland, fühlbar wurde, hat auch allenthalben zu Lohnbewegungen geführt, die sich in den verschiedensten Formen abspielten, aber in allen Fällen wesentliche Lohnerhöhungen zur Folge hatten. So gelang es z. B. den englischen Baumwollspinnern durch Androhung des Streiks, ohne daß es zur Ausführung gekommen wäre, Lohnerhöhungen von 5% bis 9% Prozent durchzusetzen. Die englischen Bergarbeiter haben erst vor kürzere Zeit eine Erhöhung des Schichtlohnes von einem Schilling — sie hatten zwei gefordert — durchgesetzt. Jetzt haben sie eine Bewegung eingeleitet, durch die auch der zweite Schilling geholt werden soll.

Durch dieses Beispiel angeregt, haben auch die Bergarbeiter Belgiens beschlossen, in eine Bewegung einzutreten, der, wie zuversichtlich zu hoffen ist, der Erfolg nicht versagt bleiben wird.

Große Dinge spielen sich zur Zeit auf dem Lohngebiet in Amerika ab. Zahlreiche Industrien haben ihren Arbeitern, um einer Bewegung zuvorzukommen, von sich aus erhebliche Lohnerhöhungen zugestimmt. Wo solche Zugeständnisse ausgeblieben und unzureichend sind, halfen kräftige Bewegungen nach. In der Automobilindustrie droht ein Riesenstreik, der 500.000 Bergleute, 450.000 Stahlarbeiter und 100.000 Gummiarbeiter betreffen würde, man erwartet ein Eingreifen des Präsidenten Roosevelt. Daß der Lohnstreik, mag er friedlich oder unfriedlich ausgetragen werden, den Arbeitern Erfolge bringen wird, ist unschwer vorauszusehen.

Das einzige Land der Welt, in dem die Löhne in dieser Zeit noch sinken, ist Deutschland. Hier sind die Arbeiter ihrer Menschenrechte, ihrer gewerkschaftlichen Freiheiten beraubt und

ist die Arbeitslosigkeit wesentlich gesunken, wenngleich noch immer groß in der Baumwollindustrie und im Kohlenbergbau. In den Vereinigten Staaten haben sich insbesondere seit der Wiederwahl Roosevelts die erfolgreichen Lohnbewegungen gehäuft; zugleich setzt sich die vierzigstündige Woche immer mehr durch; als allgemeines Resultat ergibt sich, daß der Reallohn etwa den Stand von 1929 zu erreichen im Begriff ist, bei einer um 4 bis 8 Stunden wöchentlich verkürzten Arbeitszeit.

Die Erholung der Rohstoffländer, die Prosperität der wichtigsten Industriestaaten, die beginnende Einbeziehung der früheren Goldblockländer in den weltwirtschaftlichen Aufschwung, erleichtern auch die Ausräumung der alten Krisenreste und können zu einer allmählichen Belebung des Welthandels führen. Der steigende Umfang der Getreide- und Rohstoffverschiffung hat zu einer bedeutenden Steigerung der Schiffsfrachten geführt und die Sanierung der Schifffahrt beschleunigt. Ähnliches gilt für die Eisenbahnen. Die Besserung der Wirtschaft und der Finanzen in Uebersee macht die eingefrorenen Kredite der Gläubigerstaaten wieder flüssig. Die Wiederaufnahme internationaler Kreditbeziehungen erscheint allmählich wieder möglich, und Länder wie Argentinien planen die Beseitigung der Devisenwirtschaft. Eine allmähliche Abschwächung der staatlichen Zwangseingriffe, die die Weltwirtschaft zu zerstören drohten, rückt ins Bereich der Möglichkeit. Zugleich aber hat sich auch im Verlauf des Jahres 1936 die große Verschiedenheit in der Kriegswirtschaft der Diktatorländer und der Wirtschaft der übrigen Welt verschärft. Mit dieser Verschärfung wächst zugleich die politische Spannung, die mit ihrer kriegerischen Entladung den Wirtschaftsaufstieg immer aufs Neue bedroht.

Dr. Richard Kern.

Lippe

Die Presse des Dritten Reiches hat auf Befehl eine Hetze gegen Holland entfesselt, weil die Hochzeit des Prinzen von Lippe mit der holländischen Thronfolgerin nicht zu einer Propagandaaktion für das Dritte Reich ausgenutzt worden ist. Diese Pressehetze enthält eine gewisse Enttäuschung, und diese Enttäuschung ist lehrreich.

Was hatten die Systemleute erwartet, daß sie so enttäuscht sind? Hatten sie geglaubt, daß nach der alten Habsburger Methode —

dem stärksten Lohndruck ausgesetzt. Wohl fehlt es nicht an gelegentlichen Regungen des Widerstandes, aber sie bleiben in schüchternen Anfängen stecken, sie sind noch weit davon entfernt, sich zu solchen freien und mächtigen Bewegungen zu entwickeln, wie wir sie in Frankreich, England, Amerika und anderen Ländern in den verschiedensten Formen beobachten können.

Die Frage bleibt offen, wie lange sich ein Industrieland von der Bedeutung Deutschlands einer allgemeinen Bewegung entziehen kann, die alle freien Industrieländer der Welt ergriffen hat.

Hat Goerdeler genug?

Aus gut informierten Berliner Kreisen geht uns die Mitteilung zu, daß dem Reichsinnenminister Dr. Frick seit einiger Zeit ein Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens vorliegt, und daß es von der Entscheidung des Ministers abhängt, ob Dr. Goerdeler weiterhin Oberbürgermeister von Leipzig bleibt.

Das Disziplinarverfahren richtet sich nicht gegen Dr. Goerdeler. Er ist vielmehr der Antragsteller und verlangt ein disziplinarisches Vorgehen gegen seinen Stellvertreter, den Bürgermeister Haake, der nach der Aufrichtung der Diktatur in dieses Amt geschoben wurde, obwohl er dafür keinerlei Eignung und Fähigkeiten mitbrachte. Aber er war ein »alter Kämpfer« der Nationalsozialisten, und das genügt, um ihm einen gut bezahlten Posten zu übertragen.

Der äußere Anlaß zu dem Vorgehen Dr. Goerdelers gegen den Bürgermeister Haake ist ein Denkmalsstreit. In Leipzig steht ein Denkmal des Komponisten Mendelssohn-Bartholdy, dessen Beseitigung die Nationalsozialisten seit längerer Zeit betrieben haben, weil Mendelssohn-Bartholdy ein Jude war. Dr. Goerdeler hatte bis vor kurzem den Abbruch des Denkmals verhindern können. Er bemühte sich, nachdem die Jüdische Ge-

meinde in Leipzig es abgelehnt hatte, das Denkmal auf ihrem Friedhof aufzustellen, für ihn anderswo — im Ausland — einen würdigen Platz zu finden.

Vor kurzem mußte sich der Oberbürgermeister auf eine Dienstreise begeben. Er tat es, nicht ohne vorher angeordnet zu haben, daß in der Angelegenheit des Denkmals während seiner Abwesenheit keinerlei Schritte zu unternehmen seien. Trotz dieser klaren Anordnung nutzte der Bürgermeister Haake die Tage der Abwesenheit Dr. Goerdelers aus und ließ das Mendelssohn-Bartholdy-Denkmal abbrechen.

Diese disziplinwidrige Eigenmächtigkeit seines Stellvertreters veranlaßte den Dr. Goerdeler sofort, bei der vorgesetzten Behörde den Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens zu stellen. Diese vorgesetzte Behörde ist aber ein P. g. und alter Freund des Bürgermeisters aus der Raufzeit der Nationalsozialisten. Er lehnte selbstverständlich ein Vorgehen ab, denn eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus.

Darauf leitete Dr. Goerdeler seinen Antrag an den Reichsminister Dr. Frick. Bei ihm liegt er nun.

Es scheint, daß Dr. Goerdeler genug von der nationalsozialistischen Regierung hat. Erst vor einiger Zeit wandte er sich in einem längeren Artikel sehr heftig gegen die Ueberbürokratisierung in der Verwaltung und meinte darin, daß es »Gott erbarmen müsse«, zu sehen, wie umständlich jetzt von den Behörden gearbeitet werden müsse. Kurze Zeit darauf hat er, der auch einmal Reichspräsidentkommissar der nationalsozialistischen Regierung war, gegen die Propaganda in schärfster Weise Stellung genommen.

Aus diesen und anderen Äußerungen darf man schließen, daß er, der zur deutschen nationalen Verwaltungshierarchie gehört, sich nicht ungern von dem System trennen möchte. Unter den großen Industriekonzernen ist sicher einer, der gern bereit ist, ihn in führende Stellung aufzunehmen.

Das glückliche Oesterreich, heirate — durch die Hochzeit eines deutschen Ex-Duodezprinzen mit einer fremden Fürstin ein staatsrechtliches oder politisches Band mit dem betreffenden fremden Lande geknüpft werde? Sieht das Hitlersystem die deutschen Exfürsten als offizielle Repräsentanten des deutschen Reiches an? Werden diese Exfürsten als Aktiven der Bilanz des Hitlerreiches angesehen, oder wenigstens als Aktiven in der Bilanz der Propaganda? Haben die Systemleute den Plan gehabt, durch Heiraten den Faschismus in Europa auszubreiten? So lächerlich dieser Propagandakrieg um Lippe-Deimold ist, so enttäuschend ist er auch.

Noch nicht geknebelt genug

Der Chefredakteur des »Berliner Tageblattes«, Paul Scheffer, hat seinen Posten an den früheren Redakteur des »Tage«, Schwarzer, abtreten müssen. Eine Zusammenlegung des »Berliner Tageblattes« und der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« wird erwogen. Als nächstes Objekt zur »Reinigung« steht die »Frankfurter Zeitung« auf der Liste. Die gleichgeschaltete Presse ist dem System immer noch nicht gleichgeschaltet genug.

Alte Kämpfer ohne Flinte

Brigadeführer Keimann, Adjutant des Stabschefs Lutze und Führer der »SA-Wachstandarte Feldherrnhalle« gab deutschen Presseleuten gnädig über diese aus alten Kämpfern neu gebildete »Elitegruppe« Auskunft. Er sagte bei dieser Gelegenheit (laut »Preussische Zeitung« Nr. 349):

»Die Männer der SA-Wachstandarte sind verkörperte SA-Geist. Daher sind sie unbewaffnet.« Wir lehnen es ab, eine bewaffnete Truppe zu schaffen.

Der verkörperte SA-Geist darf nicht mehr schließen. Es wird nur noch gelegentlich auf ihn geschossen.

Gute Leute

»Gewissensfrage für Sitte, Moral, Kultur und Herz...«

Der Reichstierschutzbund veröffentlicht in der Presse des Dritten Reiches einen Aufruf, worin es in weihnachtlicher Andachtstimmung wörtlich heißt:

»Die nationalsozialistische deutsche Reichsregierung hat als erste dem Tierschutz die Beachtung zuteil werden lassen, die ihm als Träger einer wichtigen Kultur- und Aufzucht zusteht. Zur Durchführung dieser Aufgabe hat die Reichsregierung Gesetze erlassen, die in ihrer Auswirkung dem Tier ein Recht auf Schutz vor Qualerei und Mißhandlung zuerkennen.

Die weitgreifenden Tierschutzgesetze aber, die geschaffen wurden, und die Ver-

besserungen, die nach neuen und weiteren Erkenntnissen noch kommen werden, sind allein nicht instande, alle Uebel zu beseitigen. Jedes geschriebene Gesetz besteht aus toten Buchstaben. Es wird und wirkt erst lebendig, wenn sein Sinn nach den ungeschriebenen Gesetzen der Sitte, der Moral, der Kultur, vor allem aber des Herzens, von Mensch zu Mensch getragen wird. Deshalb soll jeder diesen Grundsatz sich zu eigen machen und ein Helfer werden für die Ausbreitung des Tierschutzgedankens.

Tierschutz ist keine spielerische Betätigung, keine oberflächliche Liebhaberei, sondern eine Gewissensfrage für jeden denkenden Menschen.

Man freut sich aufrichtig, daß hier wieder einmal ein Appell an den »Menschen« riskiert wird, den es sonst in der Staats- und Sittenlehre des Dritten Reiches nicht mehr gibt. Freilich, nur das Tier darf davon profitieren.

Arisierter Schnaps

»Öffentliches Interesse für die deutsche Wirtschaft.

Aus Köln berichtet der »Westdeutsche Beobachter« über eine Entscheidung des Stadtverwaltungsgerichts:

»Eine Branntweinbrennerei, die von einer Jüdin unter dem Namen ihres verstorbenen Mannes betrieben wurde, brachte der Inhaberin nicht mehr viel ein, da die Nachfrage nach dem mosaischen Kognak mit dem klangvollen Titel stark nachgelassen hatte. Sie verkaufte deshalb ihr Unternehmen an ihre beiden ältesten Angestellten, die nunmehr die Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein in verschlossenen Flaschen nachsuchten. Da die beiden an Eidesstatt erklärten, daß sie die Brennerei auf eigene Rechnung führen würden und nicht etwa nur von der Jüdin als Strohmänner vorgeschoben seien, wurde die Erlaubnis erteilt, wobei das Stadtverwaltungsgericht betonte, daß es im öffentlichen Interesse liege, wenn Betriebe, die bisher in jüdischen Händen waren, von Arieren übernommen würden.

Ein neues Plus für den Vierjahresplan!

Konkurrenzneid

In Neujahrsartikel des »SA-Mannes« heißt es:

»Wir haben es nicht nötig, uns an die Sexualnerven unserer Leser zu wenden. Wer den »SA-Manne« liest, soll nicht mit traumhafter Sicherheit den Leitartikel übergeben und auf Seite 13 einen nackten Mädchenkörper suchen. Wir sind nicht prüde! Aber wir wollen auch nicht über Hintertreppen in die moralisierende Fantasie reizbarer Spießbürger eindringen: etwa zum Wohle der Auflageziffer.«

Wird die Redaktion des »Stürmers« das Kampfblatt der obersten SA-Führung nunmehr wegen Ehrenbeleidigung belangen?

Hans von Seeckt

Ein General der Republik, wenn auch freilich kein republikanischer General, war Hans von Seeckt, der in den Weihnachtstagen in Berlin plötzlich gestorben ist, man möchte fast sagen: ein deutscher General, aber ein Charakter. Mit seinen berühmteren Standesgenossen Hindenburg und Ludendorff darf man ihn nicht auf eine Stufe stellen. Er stand geistig und moralisch hoch über ihnen. Politiker war er ebenso wenig wie sie. Wenn er auch einige Jahre auf den Bänken der Stresemannpartei im Reichstag saß. Er war der Sohn eines Offiziers und selber Offizier, militärischer Fachmann, mit konservativen Traditionen und einer guten Portion Ständedünkel, aber doch mit einem starken Gefühl für echte persönliche Würde. Darum konnte er niemals zur Rolle eines eibrechenden Ueberläufers herabsinken.

Als Seeckt nach einer glänzenden Laufbahn im Weltkrieg in das Reichswehrministerium eintrat, hatte er zweifellos die ehrliche Absicht, auf seine Weise der Republik zu dienen. Er tat das als Sachverständiger in Versailles und in Spa, ganz besonders aber beim Kapp-Putsch, als er seinen meuternden Vorgesetzten, General von Lüttwitz, den Gehorsam verweigerte. Nach der Liquidierung des Putschs wurde er an Stelle von Lüttwitz Chef der Heeresleitung und begann damit die große Arbeit, die das Hauptwerk seines Lebens geworden ist: den Aufbau des neuen deutschen Heeres.

Je verworrener die äußeren und inneren Verhältnisse wurden, desto größer wurde für das Reich die Bedeutung des glänzend ausgebildeten Hunderttausend-Mann-Heeres, dessen Schöpfer der General von Seeckt war. Es kam die Ruhrbesetzung, der passive Widerstand, die Inflation, und Deutschland war voller Putschgerichte. Da tat Seeckt seinen berühmten Ausspruch: »Putschen kann nur einer, und der wird es nicht tun, denn der bin ich!«

Der »Völkische Beobachter« in München, Herausgeber Adolf Hitler, fiel mit wüsten Schmähungen über ihn her. Geßler, bereits Wehrminister, verbot das Blatt. Aber die Regierung Kahr-Knilling, die damals noch mit Hitler unter einer Decke spielte, weigerte sich, das Verbot auszuführen, worüber es zwischen Bayern und dem Reich zu einem schweren Konflikt kam. In der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 putschte Hitler im Bürgerbräukeller; noch in derselben Nacht ernannte Ebert den General von Seeckt zum Inhaber der vollziehenden Gewalt, das heißt zum militärischen Diktator. Seeckt hätte nur den ihm erteilten Auftrag nicht zurückgeben brauchen, wozu ihm keine Macht der Erde zwingen konnte, und er wäre militärischer Diktator geblieben, vielleicht für Lebenszeit. Aber Seeckt war loyal und gab den ihm erteilten Auftrag nach seiner Ausführung wieder zurück. Als Ergebnis seiner Wirksamkeit blieb ein Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für das ganze Reich.

Drei Jahre später mußte Seeckt seinen Abschied nehmen, weil er den ältesten Sohn des Exkronprinzen zu einer militärischen Übung mit herangezogen hatte. Geßler stand schon lange mit ihm in Konflikt und benutzte die Gelegenheit, seine gut republikanische Gesinnung zu beweisen. Als pensionierter General ließ sich Seeckt in den Reichstag wählen und verfaßte verschiedene militärische Schriften, von denen die »Gedanken eines Soldaten« die weiteste Verbreitung fanden.

Als Hitler zur Regierung kam, war Seeckt längst ein Entmachteter. Er gehörte nicht mehr zu den »führenden Schichten«, die im November 1923 in einer berühmten Proklamation für »vogelfrei« erklärt worden waren. So blieb ihm das Schicksal Schleichers und Kahrs erspart. Ja, das Dritte Reich bemühte sich heftig um ihn und erwiderte dem alten Gegner, dessen großen Einfluß auf das Offizierskorps es kannte, alle möglichen Ehren. Seeckt jedoch blieb undurchdringlich, Sphinx mit Monokel. Er war kein Blomberg.

Wenn man ihm nachsagt, er sei als Anhänger eines kleinen spezialistisch hochausgebildeten Heeres ein Gegner der allgemeinen Wehrpflicht gewesen, so trifft das nicht zu. Für einen allmählichen Übergang zur allgemeinen Wehrpflicht trat er schon als Reichstagsabgeordneter ein. Freilich wird der erprobte Organisator über den überstürzten Neuaufbau, der alte Fuchs über das lärmende Aufrüstungstheater sich seine eigenen Gedanken gemacht haben. Unüberwindlich war sein Gegensatz zum gegenwärtigen Rußlandkurs, denn auf der Zusammenarbeit mit der Roten Armee, dem berüchtigten »Bolschewismus«, war ja sein ganzes Lebenswerk aufgebaut. Die Herren des Dritten Reiches haben dieses Werk zerstört. Wenn sie jetzt über seiner Leiche Kränze und Lügen bergehoch

Deutsche Streiflichter

Deutschienspiegel

In der »Frankfurter Zeitung« (Weihnachtsausgabe) findet man diese Charakteristik nationalistischen Eigenlobes:

»Sonst gibt man hier nicht viel auf das, was die Ausländer denken. Doch wenn es um die Stärkung des eigenen Selbstbewußtseins geht, dann wird von denen, die glauben, die öffentliche Meinung formen zu können, nur zu gern der Blick auch auf fremde Zeitungen geworfen. Bei anderen könnte das auf innere Unsicherheit schließen lassen. Jedenfalls ist maßloses Selbstlob niemals sehr zuträglich, und so geht das Verhalten der Presse auch den Nachdenklicheren des Landes auf die Nerven, die versuchen, sich in allen wichtigen Fragen ihr eigenes Urteil zu bewahren... Wir mögen ein wundervolles Volk sein. Aber wäre es nicht besser, wenn wir aufhörten, uns zu sagen, daß wir ein wundervolles Volk seien? Ich gestehe, daß mir diese Organe der Selbstbilligung mehr und mehr zuwider sind. Ein Uebermaß des Selbstlobs ist immer gefährlich, da es den Blick für eigene Fehler verschleiert und überheblich stimmt. Auf die breiten Volksmassen macht es allerdings wenig Eindruck, wenn ihnen immer gesagt wird, sie hätten das beste Gerichtswesen, die beste Verfassung, die besten sozialen Einrichtungen und die beste Hygiene der Welt. Nationaler Stolz ist an und für sich begrüßenswert. Aber er kann, wenn er sich zur Unverständlichkeit steigert, die Fortentwicklung des eigenen Landes behindern und die innere Einstellung zu anderen Nationen so sehr stören, daß dadurch das internationale Zusammenleben gefährdet wird. Die mangelnde Bereitwilligkeit der Presse, die Sorgen und Handlungen anderer Länder in einführender Weise und mit dem Bewußtsein der moralischen Verantwortung zu ergründen, hat gelegentlich zu einer Vergiftung der Atmosphäre geführt, die für den Weltfrieden bedrohlich war. Die Besinnlichen machen in erster Linie die Presse verantwortlich, die Ueberheblichkeit predigt, die selber gegenüber ausländischer Kritik außerordentlich empfindlich ist, die sich aber in ihrer eigenen Darstellung ausländischer Dinge auch in ihren besten Organen oft über Gebote des Anstandes hinwegsetzt. Der Beginn vor allem ist, der Falschheit den Rücken zu kehren. Solange die Heuchelei nicht aufhört, kann nichts anderes beginnen.«

Herr von Dewall, Londoner Korrespondent, gibt vor, diese Kritik an der englischen Presse zu üben, aber die Photographie der hitlerdeutschen Selbstbeweihräucherung und ihrer verlogenen Presse ist so naturrecht, daß hier ohne Zweifel in der Form eines Londoner Weihnachtsbriefes der deutschen Diktatur schonungslos der Spiegel vorgehalten worden ist.

„So kann es nicht weitergehen“

Ein westdeutscher Geschäftsreisender schreibt: »Was am meisten auffällt, ist der

Stimmungsumschwung nicht nur, sondern die Sprache des sogenannten Mannes auf der Straße, der aber auch hinter dem Ladentisch oder in der Bauernscheune stehen kann. Natürlich ist er so vorsichtig wie immer unter der Diktatur, aber ganz offen spricht er 1. zu Juden, weil er von denen kein Verklatschen zu befürchten hat und 2. zu früheren Marxisten, soweit sie ihm noch echt erscheinen. Ich weiß nicht, wie es in den übrigen deutschen Landesteilen steht, hier in den Grenzgebieten jedenfalls ist der Mittelstand und das Bauerntum mit dem Hitlersystem fertig, aber vollständig! Die Leute haben die Möglichkeit des Vergleichens zwischen hier und dem benachbarten Auslande. Jeder Geschäftsmann weiß, daß es drüben die Warenbeschaffungsorgen und die Preisschikanen nicht gibt und jeder Bauer erfährt, daß die Kujonierungen durch eine Menge von Verordnungen über Zwangswirtschaft sich auf Deutschland beschränken. Es ist sicher, daß eine Absprache zur Zurückhaltung von Getreide und zum Schwarzschlichten bei den Bauern nicht erfolgt ist, aber überall wird diese Sabotage geübt, weil kein Bauer daran glaubt, daß die Zwangswirtschaft dem Allgemeinwohl dient, soweit der durchschnittliche Bauer sich überhaupt um das sogenannte Allgemeinwohl Gedanken macht. Du mußt bedenken, daß immerhin die allermeisten der heute selbständig wirtschaftenden Bauern und ihre Frauen noch die Kriegsverordnungen mit ihren tollen Schikanen im Gedächtnis haben, und ich behaupte sogar, daß unsere Bauern in Wirtschaftsfragen ein besseres Gedächtnis und — aus Eigennutz — selbständigere Kritik besitzen als leider viele städtische Arbeiter. Der Widerstand der Bauern wird sich im Laufe dieses Winters noch sehr verstärken, und es gibt manchmal auch schon ganz gehörige Prügeleien zwischen Bauern und Nazis, die sich bei der Kontrolle zuviel herausnehmen. Auch bei den Grenzübergängern ... und in ... kannst Du alles andere als Begeisterung hören, wenn Frauen und Kinder, aber auch junge Burschen nach ... gegangen sind, um etwas einzukaufen und die Zöllner den Zurückkehrenden Schwierigkeiten machen. Der Bauer macht auch keinen Unterschied zwischen Hitler und den kleinen Hitlern; er bezeichnet das alles als ... und Dreck. Ich behaupte, daß es da überhaupt keine Ausnahmen mehr gibt, und im Mittelstand ist es nicht viel besser. Ich komme als Jude wirklich manchmal in die übelsten Situationen, wenn ich das alles mit anhören muß. Jedenfalls ist der Mann auf der Straße wieder da angelangt, wo er erklärt: »So kann die Schweinerei nicht weitergehen ... «

„Sozialismus der Tat“

Daß Hitlerdeutschland auf allen Gebieten der Sozialpolitik noch von dem großen Werk der Sozialdemokratie und ihrer Nebenorganisationen zehrt, ahnen allmählich auch diejenigen, die nur Kritik für das gewaltige soziale Werk der deutschen Arbeiterbewegung übrig hatten. Ein unvergängliches Denkmal bietet die Wohnungspolitik der Sozialdemokratie, der Genossenschaften und der Gewerkschaften. Wie es jetzt mit der Entwicklung des Wohnungswesens für Arbeiter bestellt ist, bezeugt ein Fachmann der Ministerialrat Dr. Knoll vom Reichsarbeitsministerium in einem Notruf in der Nazipresse. Er kommt zu dem Ergebnis »Wohnungen von 1, 1½ oder 2 Räumen mit Mieten bis 70, ja 100 Reichsmark, wie sie in den letzten Jahren leider in viel zu großem Umfang gebaut worden sind, sind keine Arbeiterwohnstätten.« Da nicht ein einziger Arbeiter im Reiche — Bruttodurchschnittslohn 27 RM die Woche — solche Monatsmieten aufbringen kann, ist also erwiesen, daß man in den letzten Jahren vorwiegend nicht Arbeiterwohnungen sondern »Kleinstwohnungen« für Luxuspärchen eingerichtet hat. Der Herr Ministerialrat sehnt sich nach den früheren Kleinsiedlungen, die mit den Kindern und dem Kinderzuwachs der im allgemeinen nicht kinderlosen deutschen Arbeiterfamilie rechnet und sie wieder mit Garten und Feld verband, ohne viel Gerede über Blut und Boden zu machen. Man könnte den Notruf überschreiben: »Zurück zur sozialdemokratischen Wohnungspolitik!« Aber freilich würde das, auch wenn die unsozialen Diktatoren die Notwendigkeit einsähen, nicht so leicht werden, denn inzwischen ist, wie der Ministerialrat zugibt, viel verwüstet: »Die wirtschaftliche Not, das Mißverhältnis zwischen den bescheidenen Arbeitseinkommen einerseits und den Zinsen andererseits zwingt allerdings dazu, so bescheiden nach Art und Umfang zu bauen, wie nur irgend möglich.« So bucht denn der Sozialismus der Phrase soziale Rückschritte überall, und gerechtfertigt sind längst jene nüchternen, fleißigen Reformpolitiker des »Sozialismus der Tat«, der freilich nichts davon wußte, daß es in dieser propagandatollen Zeit notwendig ist, nicht nur die Tat, sondern auch die lauteste Reklame wirken zu lassen.

Deutsche Friedensbotschaft

»Bei uns ist die Weihnachtsbotschaft wirklich wahr geworden; darum sind auch wir Deutschen heute so froh und glücklich und dienen voll treuer und freudiger Hingabe dem großen Werk der Wiederaufrüstung unseres Landes. Gerade Kinderseelen sind für große Ideale besonders empfänglich.«

Göbbels in seiner Weihnachtsbotschaft an die deutschen Kinder.

Hannes Wink.

häufen, die geschichtliche Wahrheit werden sie doch nicht begraben können. Seeckt war nicht »unser«, aber ihrer war er erst recht nicht.

Frauen im Gefängnis

Erlebnisse einer Elsässerin.

Im »Manchester Guardian« erzählt Antoinette Billard, eine Elsässerin, ihre deutschen Erlebnisse. Im Herbst 1934 fuhr sie nach Deutschland hinüber, um einem Freund eine Einladung zum Brüsseler studentischen Weltkongreß zu überbringen. Dieser Freund gehörte einer deutsch-französischen Jugendorganisation an, die sich des besonderen Wohlwollens des Herrn von Ribbentrop erfreute. Fräulein Billard glaubte also sicher zu sein, nichts zu tun, was das Mißfallen der deutschen Machthaber erregen könnte. Nichtsdestoweniger wurde sie verhaftet und nach drei Monaten Untersuchungshaft zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis verurteilt. Sie verblühte diese Strafe in den Gefängnissen von Bruchsal und Gotteszell.

Von der Belegschaft dieser Frauengefängnisse waren nicht weniger als 40 Prozent »politisch«; diese wurden viel schlechter behandelt als die anderen Gefangenen. Der Zustand des Essens, das nicht selten voller Würmer war, spottete jeder Beschreibung. Die unpolitischen Gefangenen waren zum großen Teil Mädchen von 14 bis 16 Jahren, die beim Arbeitsdienst geschwängert worden waren und sich sodann der Abtreibung oder des Kindermordes schuldig gemacht hatten.

Unter den politischen Insassen der Frauengefängnisse befand sich eine 69 Jahre alte Frau, die bei einer Sammlung der »Roten Hilfe« 20 Pfennige beigetragen hatte. Eine andere Frau gleichen Alters war im Besitz

einer verbotenen Zeitung gefunden worden. Eine Kathölikin hatte acht Monate zu verbüßen, weil sie gesagt hatte, die Hitlerdiktatur widerspreche dem Geist des Christentums. Viele Frauen wurden nach Verbüßung ihrer Strafe in die Konzentrationslager geschafft; eine von ihnen, der dieses Schicksal angedroht worden war, beging kurz vor der Beendigung ihrer Straftat Selbstmord. Einige Gefangene, die in Einzelhaft lagen, schrien dort so lange, bis sie krank wurden. Die meisten aber zeigten ein stilles Heldentum, von dem ihre elässische Schicksalsgefährtin mit höchster Bewunderung spricht: »Sie trugen alle Erniedrigungen in der Ueberzeugung, daß sich in ihnen nicht der wahre Geist ihres Vaterlandes ausdrücke, und daß dieses Regime der Brutalität nicht ewig dauern könne.«

Antoinette Billard war unpolitisch als sie den Boden des Dritten Reiches betrat. Als begeisterte Freundin des Deutschland, das um seine Befreiung ringt, hat sie ihn verlassen.

Hitlers Weltreich

In der NSDAP geht die Sonne nicht unter. Die »Dezember-Schulung« des Amtes für Erzieher in München schloß mit einem Bericht über das Auslandsdeutschtum. Die »Kölnische Zeitung« (Nr. 349) schreibt dazu:

»Gauamtsleiter Parteigenosse Dr. Karl Klingensfuß, Leiter des Kulturamtes der Auslandsorganisation der NSDAP Berlin, umriß den bedeutungsvollen Aufgabenkreis der Auslandsorganisation der NSDAP, die einen Gau darstelle, in dem die Sonne nicht untergehe. Den Grundstein der Auslandsbetreuung stelle die Ueberzeugung dar, daß das deutsche Volk auch im Auslande nach den in der Heimat geltenden Lebensgesetzen aufgebaut werden müsse.«

Weltherrschaftsträume im Gaustall!

Angst vor gutem Beispiel

»Die Zeit für Steuersenkung ist noch nicht gekommen. Dem etwa vorhandenen örtlichen Druck auf die Senkung oder Abbau einzelner Steuern müssen die Gemeinden entgegentreten und keinesfalls von sich aus Steuern, falls sie nicht wirklich überhöht sind, senken, um billige örtliche Erfolge zu zeigen. Das gebietet schon die Rücksicht auf die Nachbargemeinden, die zu einer Steuersenkung nicht in der Lage sind und denen dann das Beispiel der anderen Gemeinde vorgehalten wird.«

(Aus der Neujahrsnummer der Deutschen Gemeindekorrespondenz.)

Attentat auf Schweine

Scherls Bilderdienst verbreitet die Photographie eines Pappschweins, das nächsten den deutschen Haushaltungen zugestellt werden soll, »um die Hausfrauen an ihre Sammelpflicht von Küchenabfällen zu erinnern«. Das Schwein trägt auf dem linken Ohr die Inschrift »Vierjahresplan« und auf seinem Bauch ist zu lesen:

»Ich fresse: Abfälle von Kartoffeln, Gemüse, Salat und Obst (roh und gekocht), Fleisch- und Fleischabfälle, Knochen, Eingeweide, Eierschalen, Kaffeesatz, Speisereste, Brot und Backwarenreste aller Art. ... aber nicht: Chemikalien, Putzmittel, Gewürze, Zitronen, Apfelsinen- und Bananenschalen, Asche, Tabak, Federn, Scherben, Lumpen, Metallteile, Papier usw.«

Die deutschen Abfallsammler scheinen dem Futter seltsame Gegenstände beigefügt zu haben. Es liegt ihnen wohl nicht soviel an dem Vierjahresplan, das sie doch nicht zu essen bekommen!

Die grandioseste Fehlanlage der Geschichte

Im vorigen Jahre hatte eine englische Bankengruppe, offenbar mißtrauisch gegen die amtlichen Informationen des Dritten Reiches, einen in Deutschland lebenden Fachmann mit einer Untersuchung über Deutschlands wirtschaftliche Lage beauftragt. Es ist Dr. Hans E. Priester, ehemals Handelsredakteur des »Berliner Tageblattes«. Er hat das Ergebnis seiner Untersuchungen zu einem vor kurzem erschienenen Buche ausgestaltet, »Das deutsche Wirtschaftswunder« (Querido-Verlag, Amsterdam). Der Verfasser war nach seinen Angaben im Vorwort bis Anfang 1936 in Deutschland tätig und hatte die Möglichkeit, genaue amtliche und zum Teil nicht für die Veröffentlichung bestimmte Unterlagen zu benutzen. »Auch wurde ich«, schreibt er, »von verschiedenen Seiten bei der Quellensammlung unterstützt. Aus naheliegenden Gründen kann ich sie an dieser Stelle natürlich nicht namhaft machen.« Priester hofft mit Recht, nicht nur eine lückenlose Beschreibung der gesteuerten Wirtschaft des Dritten Reiches mit all ihren bisher unbekanntem Einzelheiten gegeben zu haben, sondern auch sie in eine kritische Beleuchtung gerückt zu haben, die den Eindruck der Objektivität und Zuverlässigkeit macht.

Zum ersten Mal erfahren wir, daß Schacht von der Verkündung des Vierjahresplanes ebenso überrascht worden ist wie jeder beliebige Rundfunkhörer oder Zeitungsleser. Priester schreibt:

»Der amtierende Wirtschaftsminister erfuhr von der Existenz dieses Vierjahresplanes zu seiner größten Überraschung — erst in Nürnberg aus der offiziellen Proklamation des »Führers«. Erwartet hatte er auf Grund der von ihm nach dem Obersalzberg eingereichten Gutachten zur Wirtschafts- und Rohstofflage alles andere, nur nicht das. Denn in diesem Gutachten war ausdrücklich vor Experimenten dieser Art gewarnt worden.«

Warum diese Warnung? Weil Schacht weiß, daß die deutsche Konjunktur nur gehalten werden kann, wenn es gelingt, was bisher mißlungen ist, die Rüstungskonjunktur in eine echte Konjunktur überzuleiten, den Anschluß an den Weltmarkt wiederzufinden. Die in Nürnberg dekretierte Rohstoffautarkie belastet aber die Selbstkostenberechnung der Industrie noch stärker als der bestehende Rohstoffmangel. »Soll der Grundsatz der Preis- und Lohnstabilität nicht verlassen werden, so müssen die Ueberpreise irgendwie vom Staate getragen werden. Diese Subventionierung der deutschen Rohstoffwirtschaft stellt an die Finanzierungskraft des Dritten Reiches zusätzliche Ansprüche... Die Einschaltung dieser Konjunkturreserve hat also sehr erhebliche volkswirtschaftliche Nachteile im Gefolge — Nachteile, die als eine schwere Hypothek auf der Zukunft der deutschen Wirtschaft lasten werden. Gelingt nicht die Herabschleusung der Kunststoffe auf das Kostenniveau der natürlichen Rohstoffe, so wird das neue Vierjahresprogramm

eine der grandiosesten Fehlanlagen darstellen, die die moderne Wirtschaftsgeschichte kennt.«

Die Kosten der Rohstoffautarkie sind weit größer als die damit erzielbare Ersparnis von Devisen. Es handelt sich nicht nur darum, ob nach dem Befehl des Führers Deutschland in vier Jahren gänzlich unabhängig vom Bezug ausländischer Rohstoffe werden kann, sondern auch um welchen Preis dieses Ziel auch nur annäherungsweise erreichbar ist. Darüber erfahren wir aus Priesters Buch zumeist bisher unbekanntem Angaben. In diesem Rahmen können nur die Ergebnisse, nicht die sehr aufschlußreichen Einzelheiten mitgeteilt werden.

Textilrohstoffe

Bis Ende 1937 dürfte die inländische Erzeugung in Faserstoffen 60 Millionen Kilo Kunstseide und 70 Millionen Kilo Zellwolle betragen. Dadurch ergibt sich zusätzlich der Eigenerzeugung in Wolle, Flachs, Hanf usw. eine gesamte Inlandsproduktion von etwa 25 bis 30 Prozent des bisherigen Verbrauchs an Textilrohstoffen in Deutschland. Durch diese Eigenerzeugung spart Deutschland jährlich etwa 150 Millionen RM an Devisen. Allerdings mußte es zu diesem Zwecke einmalige Investitionen von 200 bis 250 Millionen aufwenden, — ganz abgesehen von den laufenden Betriebskosten.« Die meisten Hoffnungen setzt man in Deutschland auf die Zellwolle. Den Vergleich mit

den natürlichen Spinnfasern hält aber die deutsche Zellwolle noch keineswegs aus. Deswegen wird vom Rohstoffkommissariat im Reichswirtschaftsministerium neustens eine Kostenverbilligung durch Begrenzung der Musterzahl der einzelnen Firmen und einen Erfahrungsaustausch der Fabrikanten untereinander gefordert. Ob auf diese Weise große Erfolge zu erzielen sind, bleibt abzuwarten.«

Metallrohstoffe

Das Ziel des Dritten Reiches ist, den Metallbezug aus dem Ausland nicht so weit steigen zu lassen, wie es an sich der erhöhten Nachfrage entsprochen hätte und trotzdem die ausreichende Belieferung der Industrie sicherzustellen. Dieses Ziel wurde auf zwei Wegen erreicht: der zivile Verbrauch wurde von »Devisenmetallen« auf »Marktmehalle« umgelenkt und die heimische Erzproduktion ausgebaut, auch wenn die Lagerstätten bisher nicht für abbauwürdig galten. Das Resultat? »Die direkten Aufwendungen des Dritten Reiches für die erhöhte Selbstversorgung mit Metallen belaufen sich auf mindestens 100 Millionen RM, nicht eingerechnet die Investitionen der Industrie aus eigenen Mitteln. Trotz diesen Rieseneinsatzes ist es nicht gelungen, eine rentable, d. h. weltwirtschaftskonkurrenzfähige deutsche Metallproduktion aufzuziehen, — weil die natürlichen Voraussetzungen fehlen. Rein ökonomisch gesehen handelt es sich also um Fehlinvestitionen.« Die Verhüttung von Inlandserzen mit rund 30 Prozent Eisengehalt erfordert das Vierfache an Kosten gegenüber der Verarbeitung von Auslandserzen mit 60 Prozent Eisengehalt. »Daraus resultiert selbstverständlich eine Steigerung der Gesteinskosten für Roheisen und damit auch für Stahlerzeugnisse. Aber dieser Nachteil wird bewußt in Kauf genommen.«

Künstliche Treibstoffe

Im Jahre 1935 deckte Deutschland bereits zu 43.3 Prozent den Bedarf an Leicht-

kraftstoffen im Inlande. Unter dem Eindruck der Sanktionsdebatten ist das Dritte Reich planmäßig darangegangen, die Vorratshaltung an ausländischen Treibstoffen erheblich zu steigern. Die gegenwärtige Inlanderzeugung deckt bereits mehr als 50 Prozent des Bedarfs. »Im Ernstfalle wäre Deutschland imstande, den ganzen Bedarf an sämtlichen Treibstoffen innerhalb der eigenen Grenzen zu produzieren, wenn erst einmal die im Ausbau begriffenen Anlagen vollendet und voll beschäftigt sind. Die deutsche Treibstoffautarkie ist im Dritten Reich in greifbare Nähe gerückt.« Dieses wehrpolitische Aktivum konnte aber nur unter Aufwendung ungeheurer Mehrkosten erreicht werden. »Nach einem Bericht der DD-Bank hätten zu einer vollständigen Versorgung Deutschlands mit Auslandsöl im Jahre 1934 200 Millionen RM ausgeht. Tatsächlich ausgegeben wurden 700 Millionen RM. Von den Mehrkosten von 500 Millionen RM entfielen fast 300 Millionen RM auf die Hochschutzzölle zur Sicherung der Inlandsproduktion, 200 Millionen RM auf die höheren inländischen Herstellungskosten. Das war 1934 — vor dem verstärkten Aufbau der heimischen Treibstoffherzeugung. In 1936 werden die Mehrkosten der Selbstversorgung — ohne die Investitionsaufwendungen — auf mindestens 800 Millionen RM angeschwollen sein.«

Gummi

In Kriegszeiten kann eine moderne Armee Gummi um keinen Preis missen, wenn sie nicht die Motorisierung der Truppen vernachlässigen will. Der synthetische Kautschuk nach dem Verfahren der I. G. hat den Namen »Buna« erhalten. Die I. G. Farbenindustrie hat unter Einsatz ganz erheblicher Mittel die Herstellung des »Buna« in Angriff genommen. Der synthetische Kautschuk ist aber »erheblich teurer als das natürliche Produkt. Selbst nach der beabsichtigten Halbierung des gegenwärtigen

Preises von ca. 5 RM je Kilo kann »Buna« den Vergleich mit Naturkautschuk nicht aufnehmen. Dieser kostet nämlich gegenwärtig nur 65 Pf. je Kilo!« Trotzdem wird die deutsche Buna-Produktion großzügig ausgebaut. Im Frühjahr 1937 wird eine zweite Fabrik der I. G. fertiggestellt sein. Ihre Produktion ist mit 1000 Tonnen per Monat veranschlagt, während das alte Bunawerk nur 300 Tonnen im Monat erzeugen kann. Zur Deckung des Bedarfs reichen diese beiden Werke nicht im entferntesten aus. Ab Frühjahr 1937 wird das Dritte Reich 15.600 Tonnen jährlich erzeugen, also immer noch nur einen Bruchteil des Verbrauchs von ca. 74.000 Tonnen!

*

Den Einwand, daß eine riesenhafte Vergeudung von Menschen- und Kapitalkraft im Gange ist, läßt das Dritte Reich nicht gelten. Denn es handelt sich für Hitler nicht darum, Devisen zu ersparen, sondern der Zwang zur Devisenersparnis als Vorwand zur Herstellung einer vollkommenen Kriegsbereitschaft auszunutzen. Die Kreise der deutschen Führung, als deren Wortführer nach Priesters Darstellung Schacht anzusehen ist, befürchten aber, daß Deutschland so in eine ausweglose Schuldenwirtschaft getrieben und aus dem weltwirtschaftlichen Zusammenhang völlig ausgeschaltet wird. Sie sind für einen allmählichen Abbau der Aufrüstungskonjunktur und »plädieren für politische Konzessionen an das Ausland«. Ob diese Beurteilung Schachts richtig ist, der bisher sich stets als getreuer Schildhalter seines Herrn bewährt hat, sei dahingestellt. Jedenfalls ist im Kamarillakrieg um die Beeinflussung Hitlers nicht er der Sieger, sondern Göbbels und Heß, nicht die zu Konzessionen bereitete Richtung, sondern die zu Drohungen entschlossene. Allerdings handelt es sich in Spanien nicht nur um Erze und sogar nicht nur um die militärische Vorherrschaft in Europa, es handelt vor allem darum, die Erbringung des Beweises zu verhindern, daß es nicht immer den Diktatoren gelingt, ihr Volk zu besiegen, sondern daß es zuweilen auch umgekehrt gehen kann. G. A. E.

Der Terror in Danzig

Das Dritte Reich nistet sich ein

Der polizeiliche nationalsozialistische Terror in Danzig hat bisher keinerlei Minderung erfahren. Die Polizeiaktion gegen die Danziger Zentrumspartei, die in der Vorwoche durch mehrere Verhaftungen von katholischen richterlichen Beamten eingeleitet wurde, nimmt ihren Fortgang. Am Freitag dem 18. Dezember unternahm die politische Polizei in Danzig Haussuchungen bei dem ersten Vorsitzenden der Danziger Zentrumspartei, dem Volkstagsabgeordneten Dr. Richard Stachnick, bei dem zweiten Vorsitzenden der Partei und Vorsitzenden der Stadtbürgerschaftsfraktion des Zentrums, Bergmann, und bei dem Zentrumsabgeordneten Posack, der nebenamtlich das Amt des Sekretärs der Zentrumspartei bekleidet. Stadtbürgerschaftsmitglied Bergmann wurde anschließend von der politischen Polizei verhaftet und befindet sich bis jetzt in Haft im Danziger Polizeipräsidium. Zur gleichen Zeit fand auch eine Durchsuchung des Sekretariats der Zentrumspartei durch die politische Polizei statt.

Am Dienstag dem 22. Dezember wurde der bisherige Abgeordnete des Volkstages und Parteisekretär der Deutschnationalen Volkspartei, Gamm, von der politischen Polizei wieder verhaftet. Gamm befindet sich im Polizeipräsidium in Danzig, wo der Führer der Deutschnationalen, der Abgeordnete Dr. Blavier, seit mehr als zwei Monaten in Schutzhaft sitzt.

Außerordentlich bemerkenswert ist, daß kurz vor Weihnachten auch mehrere bekannte Nationalsozialisten von der Danziger politischen Polizei in Haft genommen worden sind. Unter ihnen befindet sich der Studienassessor Dr. Minzen und der Referendar Reich, die beide Funktionsstellen in der NSDAP bekleideten. Ferner wurden etwa 20 SA-Leute, mehrere Amtswalter und eine Reihe von Funktionären der NSKK verhaftet. Die verhafteten Nationalsozialisten, die sich im Danziger Polizeigefängnis befinden, bezichtigt man der geheimen Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien. Einigen von ihnen soll man auch Beziehungen zu polnischen Kreisen vorwerfen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Danziger Volkstages hat gegen die seinerzeitige Verhaftung der sozialdemokratischen Volkstagsabgeordneten Mau, Schmidt und We-

ber Protest beim Senat der Freien Stadt Danzig erhoben. In dem Protest wird darauf hingewiesen, daß die Verhaftungen entgegen dem klaren Wortlaut des Artikels 21 der Danziger Verfassung erfolgt waren, der die Verhaftung eines Volkstagsabgeordneten nur dann zuläßt, wenn der Volkstag die parlamentarische Immunität des Abgeordneten aufgehoben hat, oder wenn die Verhaftung spätestens im Laufe des auf eine erwiesene Straftat folgenden Tages erfolgt. Beide Voraussetzungen trafen bei den Verhaftungen nicht zu. Weder hatte der Volkstag die Immunität der Abgeordneten aufgehoben, noch ist den Verhafteten irgendeine Straftat nachgewiesen worden.

Mißhandlungen nach dem Muster des Dritten Reichs

Aus Danzig kommt ferner eine Meldung, die die bereits zahlreich umlaufenden Nachrichten von brutalsten Mißhandlungen politischer Häftlinge durch die Danziger politische Polizei in grauhaftester Weise bestätigt. Die besonderen Verhältnisse in Danzig bringen es mit sich, daß der unten angeführte Fall erst jetzt in seinem ganzen Umfang bekannt wird. Im Laufe einer Verhaftungsaktion Mitte November wurde auch der Arbeiter Karl Malinowski, wohnhaft Danzig-Heubude, nach einer in seiner Wohnung durchgeführten Haussuchung am 20. November durch die politische Polizei verhaftet. M. verblieb in Haft. Seiner Frau wurden von den Behörden keinerlei Erklärungen über den Grund der Verhaftung abgegeben. Am 6. Dezember erhielt sie dann die Nachricht, daß ihr Ehemann sich in der Zelle des Polizeigefängnisses in Danzig erhängt habe, und sie den Leichnam zur Beerdigung abholen solle. Einwandfreie Zeugen bekunden nun, daß die Leiche des M. an der rechten Schläfe eine tiefe Schlagwunde aufwies. Ferner stellte man an vielen Stellen des Körpers große blutunterlaufene Stellen fest, und zwar an den Genitalien, an den Knien und auf einer Gesäßhälfte. Ueber den Tod des M. ist allen Vermutungen Raum gegeben.

M. ist 41 Jahre alt und hinterläßt eine Frau und fünf Kinder. Er hatte nach jahrelanger Arbeitslosigkeit genau 2½ Tage vor seiner Verhaftung Arbeit im Danziger Hafen gefunden. Er ist als ein nüchternen und solider

Mensch bekannt. 1933 hat er anlässlich der Volkstagswahlen in einem städtischen Wahlbezirk als Wahlbeisitzer für die kommunistische Partei fungiert. Er hat sich seitdem politisch nicht mehr betätigt. Eine Leichenöffnung durch den Amtsarzt ist nicht erfolgt.

Die Abhängigkeit der Richter

Der Danziger Gerichtspräsident Dr. von Hagens ist am 31. Dezember v. J. zurückgetreten. Der Rücktritt ist von dem Gauleiter der NSDAP in Danzig erzwungen worden, weil Hagens sich einmal in einer Privatzusammenkunft mit Forster auf seine politische Unabhängigkeit als Richter berufen hat. Es handelte sich damals um eine Vorbesprechung zu dem von den Oppositionsparteien angestrebten Wahl-anfechtungsverfahren bezüglich der Gültigkeit der Wahlen vom 7. April 1935 vor dem Danziger Obergericht. Forster verlangte in dieser Besprechung von Dr. Hagens ein für die Nationalsozialisten günstiges Urteil. Hagens, der sich zwar zunächst auf seine Unabhängigkeit als Richter berief, hat bekanntlich später der Anweisung Forsters Rechnung getragen. Jedoch hat Forster ihm die Äußerung über seine richterliche Unabhängigkeit nicht verziehen. In einer Rede vor den Danziger Richtern nannte er diese Äußerung »lächerlich«.

Der Nachfolger Dr. von Hagens soll Landgerichtsdirektor Dr. Wohler werden. Wohler ist zur Zeit der wichtigste Mitarbeiter des Senatspräsidenten Greiser. Er leitet die innenpolitische Abteilung des Senats und ist der eigentliche Verfasser sämtlicher vom Senat seit dem Rücktritt des früheren Senatspräsidenten Dr. Rayschning erlassenen Verordnungen. Wohler war bereits vor 1933 Mitglied der NSDAP.

Der neue »Mayer« antisemitisch

In dem soeben im Bibliographischen Institut Leipzig erschienenen Band der 8. Auflage von Meyers Konversations-Lexikon liest man: »Eduard Bernstein: Deutschjüdischer jüdischer Marxist.« Im Artikel »Bauer« wird gesagt: »Den Begriff »dummer Bauer« schufen in bewußter Verhöhnung des Bauertums jüdische Literaten Hand in Hand mit der jüdenhörigen Presse.«

Das Dritte Reich der Scharfmacher

Aus der Geheimgeschichte der faschistischen Verschwörung

In der »Preussischen Zeitung« vom 3. Januar 1937 wird ein Interview mit Emil Kirdorf veröffentlicht, in dem dieser seine Begegnungen mit Hitler schildert. Dies Interview enthält einen Teil der Vorgeschichte des Bündnisses zwischen den Scharfmachern und der NSDAP, das bis zum Jahre 1923 zurückgeht. Auch die Finanzierung Hitlers durch die Scharfmacher wird dadurch klar. Emil Kirdorf ist der Senior der deutschen Scharfmacher, der Feind aller sozialpolitischen Bestrebungen in Deutschland, der jetzt, als Neunzigjähriger, durch Hitler seinen haßerfüllten Vernichtungswillen gegen die deutsche Arbeiterbewegung erfüllt sieht. Dies Interview dieses Mannes sagt mehr über das Wesen des Dritten Reiches als alle Reden Hitlers zusammengenommen.

In einer Unterredung, die kürzlich in seinem Hause »Streithof« stattfand, berichtet der jetzt im 90. Lebensjahre stehende Wirtschaftsführer über Begegnungen mit dem Führer selbst.

»Es war zur Zeit der Ruhrbesetzung durch die Franzosen«, so berichtet Geheimrat Kirdorf, »in jenen Tagen des furchtbaren Jahres 1923, wo die Not des deutschen Volkes unüberwindlich schien, als ich zum ersten Male in München nach der Flucht aus dem Ruhrgebiet mit der nationalsozialistischen Bewegung in Fühlung kam. Ich nahm dort an einer Versammlung der Partei in den großen Sälen des Bräuhauses teil, in der Hoffnung, den Führer sprechen zu hören und sehen zu können. Leider erfüllte sich diese Hoffnung nicht, da ein anderer Redner für den Führer eintrat. Aber auch der Redner des Abends, Parteigenosse Esser, machte mit seinen Ausführungen einen so starken Eindruck auf mich, daß seit dieser Zeit mein Interesse für die Bewegung ständig wuchs. Nach dem Versuch der Machtergreifung der Partei in München, den ich als einen Anstoß zur Gesundung der unerträglichen Verhältnisse betrachtete, und nach Wiederaufrichtung der Partei hörte ich dann zum ersten Male in den Essener Ausstellungshallen den Führer. Seine klaren Ausführungen überzeugten mich vollkommen und überwältigten mich so, daß ich am Schlusse der Rede auf den Führer zugeing und ihm die Hand gab, obwohl er mich noch nicht kannte. Ich fühlte mich nun innerlich mit ihm verbunden und war mir bewußt, daß nur dieser Mann allein es schaffen würde, das deutsche Volk aus dem Sumpfe zu führen.

Im Jahre 1927 bin ich zum ersten Male mit dem Führer zusammengekommen. Ich betrachte es noch heute als eine Fügung des Schicksals, als mir Frau Hugo Bruckmann, die Gemahlin des jetzigen Direktors des Deutschen Museums in München, in einem Briefe mitteilte, sie habe als begeisterte Anhängerin des Führers es sich zur Lebensaufgabe gestellt, diesen mit den leitenden Männern der Schwerindustrie in Verbindung zu bringen, um auch in diesen Kreisen den Boden für den Nationalsozialismus zu bereiten. Frau Bruckmann war durch den Prinzen Karl von Loewenstein unterrichtet worden, daß ich der einzige Mann sei, der auf Grund seiner ganzen politischen Einstellung für eine Fühlungnahme mit dem Führer in Betracht käme. Ich fuhr von Gastein, wo ich mich zur Erholung aufhielt, nach München und traf dort im Hause Bruckmann zum ersten Male in persönlicher Unterhaltung den Führer. In viereinhalb Stunden entwickelte mir Adolf Hitler im einzelnen sein Programm. Die unerbittliche Folgerichtigkeit und klare Zusammenfassung seiner Gedankengänge begeisterten mich derart, daß ich mich völlig einverstanden erklärte mit dem, was er mir vorgetragen hatte. Ich bat den Führer, den mir gehaltenen Vortrag in einer Broschüre zusammenzufassen. Diese Broschüre habe ich dann in meinem Namen in Kreisen der Industrie und der Wirtschaft verbreitet.

In der Erkenntnis, daß nur die Politik Adolf Hitlers zum Ziele führen werde, habe ich mich in der Folgezeit ganz

seiner Bewegung zur Verfügung gestellt. Kurz nach der Münchener Unterredung fanden dann als Auswirkung der vom Führer verfaßten und von mir verbreiteten Broschüre mehrere Zusammenkünfte des Führers mit leitenden Persönlichkeiten des Industriereviere statt, in denen dann Adolf Hitler in knappen und klaren Worten seine Ansichten darlegte. Zum letzten Male vor der Machtübernahme trafen sich dann noch einmal in meinem Hause die Führer der Wirtschaft mit Adolf Hitler, Rudolf Heß, Hermann Göring und anderen führenden Männern der Partei, und es war für mich eine Genugtuung, daß ich als Verbindungsmann zwischen dem Führer und den Männern der Wirtschaft die Voraussetzung für eine gedeihliche Zusammenarbeit schaffen

durfte. Ich war wohl zuerst im Zweifel, ob die Bewegung allein das große Ziel erreichen würde. Aber bald mußte ich erkennen, daß der Führer mit seinem Totalitätsanspruch den richtigen Weg einschlug, wie ja überhaupt die ganze Entwicklung dem Führer Recht gegeben hat.

Für mich war es eine Selbstverständlichkeit, für die Ziele Adolf Hitlers einzutreten, nachdem ich durch sein klares Programm voll und ganz überzeugt war. Ich bin während meines ganzen Lebens für eine nationale Politik eingetreten und habe mich mit aller Energie gegen eine falsche Politik zur Wehr gesetzt. Als Bewunderer Bismarcks habe ich den Alt-Reichskanzler zum letzten Male im Jahre 1890 in Friedrichsruh besucht. Bismarck hat sich damals mit mir über die besondere Lage im Ruhrgebiet

unterhalten und mich dann, als ich meine Bedenken über den neuen Kurs äußerte, mit den tröstlichen Worten entlassen: »Der alte Kaiser hat lernen müssen, der junge muß auch noch lernen.« Die Entwicklung des Reiches nach der Entlassung Bismarcks hat mir aber viel Sorge bereitet, und ich habe mit aller Macht gegen den verhängnisvollen neuen Kurs angekämpft. Im Laufe der Zeit habe ich dann viel Elend, viele Kümernisse gesehen und eine ziellose Politik erlebt, so daß ich nicht mehr an eine innere Einigung Deutschlands glauben wollte. Nun hat uns der Führer, der als einfacher Krieger im Felde stand, ein ganz neues Vaterland geschaffen.«

*

Das Vaterland der Scharfmacher!

Wegbereiter Hitlers

Eine aktuelle Erinnerung an den 7. Januar 1933

In London hat sich soeben eine Compensation-Makler-G. m. b. H., gebildet, die sich zum Ziele gesetzt hat, für das doviscarme Deutschland einen direkten Güteraustausch mit den Ländern des britischen Weltreiches zu organisieren. Diese Gesellschaft, von der der englische Journalist Glasgow soeben in der »Prager Presse« schreibt, daß man in London ihr Wirken »voll Angst« beobachtet, weil man dadurch eine Verstärkung der deutschen Kriegsbereitschaft befürchtet, steht unter maßgebender Leitung des Londoner Bankhauses J. Henry Schröder & Co. Die Beziehungen dieses Hauses zu Deutschland liegen noch völlig im Dunklen. Eine recht interessante Verbindung deckt der folgende Aufsatz auf.

Das Kölner Bankhaus I. H. Stein gehört nicht zu den vielgenannten und machtwortwichtigen. In der Metropole am Rhein führt es ein ziemlich exklusives Dasein. Nur in den Kreisen der großen Industrie horcht man auf, wenn sein Name genannt wird, denn der Schatten der City liegt über dem Hause; es steht in engen verwandtschaftlichen Beziehungen zu Henry Schröder & Co., der altherwürdigen Bank Londons. Das ist ein Finanzhaus der allergrößten Geschäfte, das z. B. einst den Kunstseidenkönig Löwenstein finanzierte und dann fallen ließ. Was wörtlich zu nehmen ist: nach dem Frühstück mit einem der Chefs der Schröderbank stürzte sich der ruinierte Großspekulant vom Flugzeug in den Aermelkanal. Diese Londoner Verbindung machte das Kölner Haus in der Nachkriegszeit zu einem wichtigen Vermittler englischer und amerikanischer Anleihenmillionen und verschaffte ihm bedeutende Positionen in der Führung der größten deutschen Konzerne.

Die politische Öffentlichkeit hat den Namen I. H. Stein indes kaum beachtet. Und doch entschied sich in den diskreten Räumen dieses Hauses zweimal deutsche Geschichte — 1919 und 1933.

*

Januar 1919 . . . Das Rheinland ist von französischen, englischen und belgischen Truppen besetzt. Jenseits des Rheins regieren die Arbeiter- und Soldatenräte; in Berlin kämpfen die Volksbeauftragten gegen Spartakus. Die westdeutschen Großindustriellen, die katholischen Feudalherren und auch die Generale der Entente erschauern bei dem Gedanken an ein bolschewistisches Deutschland. Darin sind sie sich einig: das Rheinland darf nicht in seinen Strudel gerissen werden.

Der Seniorchef des Bankhauses I. H. Stein, der Konsul Johann Heinrich v. Stein, ist ein Mann praktischer Schritte. Er beruft nach Köln eine »vertrauliche Besprechung über die Zukunft der Rheinlande« zusammen. Am 7. Januar 1919 treffen sich in seinem Hause die Vertreter westdeutscher Wirtschaftskreise und rheinische Kirchenmänner, um die Lösung der Rheinlande vom Reich zu beraten. Man geht völlig konform mit dem Doktor Adam Dorten, dem Staatsanwalt aus Wiesbaden, der ein selbständige Rheinlandrepublik propagiert. Im Protokoll der Aussprache heißt es:

»Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die rheinisch-westfälische Republik kommen müßte; daß aber, um sie ins Leben zu rufen,

eine militärische Macht notwendig sei und daß diese nur im Einverständnis mit der Entente aufgestellt werden könne.«

Solcher Kurs landesverräterischen Separatismus gegen sein deutsches Vaterland bereitete dem Herrn v. Stein wenig Skrupel. Das hatte seinen realen Grund: er war zum Leiter der kommenden rheinischen Staatsbank ausersehen. Am 10. März 1919 präsierte er die historische »Kasinoversammlung« zu Köln, in der die Verkünder einer rheinischen Republik von Gnaden der fremden Generale zum ersten Mal an die Öffentlichkeit traten.

Erst Ende April 1919 beginnt Herr v. Stein sich vorsichtig zurückzuziehen. In Berlin — so erzählen geheime Informationen — ist die Gefahr eines Umsturzes endgültig gebannt. Aus London kommen von Henry Schröder Warnungen: zwischen Lloyd George und Clemenceau seien ernste Differenzen ausgebrochen, England wünsche keine Verewigung der französischen Machtposition am Rhein. Auch die Internationale Bank in Luxemburg gibt die Sache des Separatismus verloren. Da wird es höchste Zeit, den Kurs zu wechseln. Herr v. Stein trennt sich eiligst von Dorten, der jetzt in der Presse aufs schärfste angegriffen und als »Franzosenknecht«, »Verräter« und »bestochener Verbrecher« abgeschüttelt wird.

Die Liquidation des Unternehmens vollzieht sich für die daran Beteiligten recht verschiedenartig: Dorten muß nach Nizza flüchten; die armen Töfel der Separatistenarmee werden ohne Pardon abgeschlachtet. Aber dem angesehenen Konsul und Bankier Doktor rer. pol. honoris causa v. Stein nimmt niemand übel, daß er ein Hauptinitiator des ganzen Separatistenspuks war. Der Klöcknerkonzern, die Charlottenhütte, Mittelstahl, Linke-Hofmann, die Vereinigten Stahlwerke und andere große Unternehmungen berufen ihn in ihren Aufsichtsrat.

*

Januar 1933 . . . Wieder beobachtet die westdeutsche Industrie mit Mißbilligung die Entwicklung in Berlin. Dort hat das Kabinett v. Schleicher die Regierung Franz v. Papens abgelöst. Die nationalsozialistische Bewegung windet sich in einer tödlichen Krise: der Wahlverlust vom Herbst des Vorjahres und Gregor Strassers Palastrevolution drohen die braune Lawine auseinander zu reißen.

Die Herren Thyssen, Kirdorf, Pönggen und v. Löwenstein sind mit solch ruhmlosem Zusammenbruch, der durch riesige Finanzmittel hochgepeitscht, Bewegung nicht einverstanden. Was denkt sich dieser General v. Schleicher eigentlich? Glaubt er, die deutsche Großindustrie werde eine Restaurierung der sozialistischen »Tarifdiktatur« zulassen? In dieses Unbehagen-platz plötzlich die Meldung, daß Schleicher mit Leipart, den Führer der sozialistischen Gewerkschaften, Verhandlungen aufgenommen habe. Da wird es Zeit, dem »sozialen General« eine Gegenmine zu legen.

Der Juniorchef des Bankhauses I. H. Stein, der Baron Kurt v. Schröder (Verwandter Henry Schröders aus London!), un-

ternimmt es, eine Aussprache zwischen den beiden Gegnern Hitler und v. Papen über die Bildung einer Regierung der »nationalen Konzentration« herbeizuführen. Wieder genau an einem 7. Januar — vierzehn Jahre nach jener anderen — ruft er eine »vertrauliche Besprechung« in seinem Hause zusammen. Geheimnisvoll, wie bei der Tagung eines Verbrechergangs treffen sich die Verschwörer. Der heutige Reichspresseschef Dr. Dietrich berichtet darüber in seinem Buch »Mit Hitler an die Macht«:

»Am frühen Morgen steigen wir alle in Bonn aus. Dort steht Schreck mit des Führers Wagen am Bahnhof, um uns im ersten Morgengrauen nach Godesberg zu fahren. Kurze Frühstückspause. Ein geschlossener Wagen fährt vor. Der Führer steigt ein. Fahrt ab. Das Ziel dieser Fahrt ist uns unbekannt.

Uns aber hatte zuvor der Führer die Weisung gegeben, in seinem Wagen ohne ihn die Fahrt fortzusetzen in Richtung Köln. Drei Kilometer hinter Köln, auf der Straße nach Düsseldorf, sollten wir anhalten und warten.

Wir erreichen gegen Mittag den vereinbarten Treffpunkt. Das Wetter war kalt und feucht. Wir warten. Auf der nassen Landstraße gehen wir auf und ab. Gespräche mit Vermutungen aller Art, wo wohl der Führer sein könne, verkürzen uns die Zeit. Niemand weiß einen Anhaltspunkt, niemand hat eine Ahnung von der Bedeutung dieser Trennung.

Nach zwei Stunden fährt der geschlossene Wagen von Bonn bei uns auf. Hält an. Der Führer steigt aus, steigt um zu uns in seinen Wagen. Der geschlossene Wagen macht kehrt, verschwindet in Richtung Köln.

Bei der Weiterfahrt macht der Führer Andeutungen, denen wir entnehmen, daß er eine Unterredung mit einer politischen Persönlichkeit hatte. Auch spürte ich irgendwie, daß er mit dem Erfolg seines geheimnisvollen Abstechers außerordentlich zufrieden war. Wir alle hatten im Wagen das Gefühl, einer großen Entscheidung entgegenzufahren.«

Drei Wochen später ist Hitler Reichskanzler und v. Papen, die »politische Persönlichkeit«, mit der er sich in Köln aussprach und einigte, ist sein Vizekanzler. Diesmal war das Komplott im Bankhaus I. H. Stein erfolgreich.

*

In den USA pflegen die Trusts bei Wahlkämpfen beide Parteien zu honorieren, die Demokraten und die Republikaner. Das Bankhaus I. H. Stein hält den gleichen Rekord politischer Vielseitigkeit: im Januar 1919 organisierte es die Rheinlandrepublik unter dem Schutze fremder Bajonette, im Januar 1933 das Dritte Reich.

Die kollegiale Harmonie zwischen dem Seniorchef v. Stein und dem Juniorchef v. Schröder ist durch solche politische Rollenverteilung nicht im mindesten getrübt worden. Und wie der Aufstieg beider Herren zu hohen Wirtschaftsämtern des Dritten Reiches zeigt, hat auch Hitler daran keinen Anstoß genommen.

Das Regime, das auszog, die »Bank- und Börsenfürsten« zu entthronen, weiß sich ihrer, zumal wenn sie »international versippt« sind, recht gut zu bedienen.

Bernhard Menne.

Lippe Detmold

Lippe Detmold eine wunderschöne Stadt,
darinnen ein Soldat
bum bum.

Lippe Detmold eine wunderschöne Stadt,
darinnen ein Soldat.

Und der muß marschieren in den Krieg
und der muß marschieren in den Krieg,
wo die Kanonen stehn,
wo die Kanonen stehn.

Lippe Detmold ist ja nur ein Teil des Reichs,
drin mehr als ein Soldat
bum heil.

Lippe Detmold ist ja nur ein Teil des Reichs,
wo die Kanonen stehn.

Und wer mitgeht, geht freiwillig mit,
denn ein deutscher Recke forcht sich nit,
wer nicht mit will, geht auch,
wer nicht mit will, geht auch.

Und als der Mann in die Kaserne kam,
wo man ihn furchtbar schnickt,
bum heil,

und als der Mann in die Kaserne kam,
von wo man ihn verschickt.

Der Herr General stand vor der Tür
und er flüstert: ich kann nichts dafür,
ich hab es nicht gewollt,
du hast es nicht gewollt.

Und als dann der Soldat nach Spanien kam,
da schossen sie auf ihn
bum heil,

und als dann der Soldat nach Spanien kam,
da hat er laut geschrien:

Ach Herr Hauptmann, wozu schießen wir,
und wenn's keiner will, was soll ich hier,
es ist doch gar kein Krieg,
es ist noch gar kein Krieg.

Und als er mit dem Satze fertig war,
dacht er an seinen Schatz,
bum heil,

und als er mit dem Satze fertig war,
da hinkte er vom Platz.

Ach, was soll ich hier am fremden Strand,
bin mit Herz und Hand im Vaterland,
wo die Kanonen stehn,
wo die Kanonen stehn.

Und als das der Herr General erfuhr,
da rauft er sich das Haar,
bum heil,

und als das der Herr General erfuhr,
da ward ihm manches klar.

Womit führ ich meinen nächsten Krieg,
womit führe ich das Reich zum Sieg,
wenn mein Soldat schon hinkt
wo die Kanonen stehn.

Gedankenverbindung

»Vergessen wir also nicht, unsere Gläser
auch für das Wohl des Vaterlandes und seiner
Führung zu erheben, wenn wir uns in der
Neujahrnacht zugprostet. Und überhören wir
schließlich nicht die uralte Mahnung
>Mensch, bedenke das Ende!« —

(»Der Westen« Nr. 354)

Jahr I.

Jahr I des Vierjahresplans zog auf
bim bum mit Raketen und Glocken,
die Deutschen sperrten die Fenster auf
und waren nicht wenig erschrocken.

Denn wie es daher kam, den Stahlhelm im
Haar,

bewaffnet vom Kopf zu den Zehen,
da dünkte es sie, sie hätten dies Jahr,
dies neue, schon früher gesehen.

Viel Sauerkraut und wenig Spaß,
ein Jährchen aus Haut nur und Knochen,
und wo es vorbei kam, da hat es nach Aas,
nach Blut und nach Pulver gerochen.

Da schrien die Deutschen: pfui Teufel, es
stinkt,
um Tote vom Schlaf zu erwecken.
So stank es im Endjahr des Krieges. Uns
winkt
aufs neue ein Ende mit Schrecken.

Wir wollen dies Jahr nicht! Wir tauschen
es um,

ach, wer doch ein besseres hätte — —
Und schlossen die Fenster mit leisem Gebrumm
und gingen voll Mißmut zu Bette.

Hugin.

Faust, III. Teil

... Und immer vom Sozialismus reden,
verstehst Du? Alles was wir machen ist So-
zialismus. Selbst wenn wir Kerker bauen
— es ist Sozialismus. Soviel, mein Sohn, über
die Rezepte der inneren Politik des gut ein-
getauften Totalstaates. Alles weitere ist

Das Verschwinden der Konsumvereine

Waren- und Kaufhäuser gerettet

Die Mittelstandspolitik der Nazis ist nach
vier Jahren Hitlerregierung entlarvt. Wäh-
rend die kapitalistisch geführten Waren- und
Kaufhäuser entgegen allen Versprechungen
zwar rassenmäßig gereinigt sind, aber im
übrigen blühen und gedeihen, ist das große
wirtschaftliche Aufbauwerk der deutschen
Arbeiterschaft völlig zugrunde gerichtet
worden.

Im neuen Statistischen Jahrbuch werden
nach dem Stand von 1933 1414 Warenhäuser
und Kaufhäuser verzeichnet. Eine neuere Zahl
der Betriebe darf nicht veröffentlicht werden.
Man hätte sonst bestätigt gefunden, daß
keine Verminderung dieser Betriebe eingetre-
ten ist. Der Scheinkampf gegen die Waren-
und Kaufhäuser wird enthüllt, wenn man die
Indexzahlen der Umsätze dieser Großbetriebe
im Einzelhandel zu lesen bekommt.

(1931 = 100)

Jahr	Warenhäuser	Kaufhäuser
1931	100	100
1932	82.3	80.7
1933	67.0	69.8
1934	68.8	75.9
1935	65.1	72.1
1936 Jan.	56.5	59.8
April	79.7	80.9
Mai	71.6	90.4

Die Waren- und Kaufhäuser sind weder ver-
staatlicht worden, noch werden sie etwa boy-
kottiert. Einzelne Abteilungen wie Hausrat
haben sogar den Umsatz von 1931 schon
überschritten. Das Reich hat überdies ein-
zelne dieser Betriebe, wie Tietz-Berlin, noch
reichlich subventioniert, um über die erste
Zeit der faschistischen Anti-Warenhauspro-
paganda hinwegzukommen.

Um so gründlicher aber ist die Zer-
störung der Konsumvereine der
Arbeiter durchgeführt worden. Der im
Jahre 1933 versuchte Gleichschaltungsprozeß
war am Käuferstreik gescheitert. Dann folgte
mit Gesetz vom 24. Mai 1935 der große
Schlag gegen die etwa 80 größten Konsum-
vereine. Ihre Auflösung wurde damals unter
Mißachtung aller Mitgliederrechte und Sta-
tuten erleichtert. Für die beschleunigte Li-
quidierung sind noch 60 Millionen RM an
Reichsgeldern zur Verfügung gestellt wor-
den. Jenes Auflösungsgesetz richtete sich
natürlich nur gegen die dem »Zentralverband
deutscher Konsumvereine« angeschlossenen
Vereine, alle übrigen dürfen weiter bestehen.
Ueber die gelungene Vernichtung berichtet
jetzt Ministerialrat Dr. Zee-Heraeus in einem
Aufsatz der »Blätter für Genossenschafts-
wesen«. Der Bericht wird ergänzt durch die
Zahlen im »Stat. Jahrbuch 1936« über den
»Reichsbund der deutschen Verbraucher-
genossenschaften« (früher GEG).

Von den rund 1200 Verbrauchergenossen-
schaften im Jahre 1932 sind Ende 1935 noch
1006 übrig geblieben. (1934 — 1078.) Herr
Zee schreibt:

»Von der Auflösungsmöglichkeit haben
72 Genossenschaften Gebrauch gemacht.
Gemessen am Gesamtbestand erscheint

diese Zahl zwar sehr gering, wesentlich
anders stellt sich das Bild jedoch dar, wenn
man die aufgelösten Genossenschaften nach
ihrem wirtschaftlichen Gewicht be-
wertet. Nach der Höhe ihrer Bilanzsum-
men und ihrer Spareinlagen, nach der
Größe ihrer Anlagen und ihres Umsatzes,
nach der Zahl ihrer Mitglieder usw. neh-
men diese Genossenschaften fast die
Hälfte des konsumgenossenschaftlichen
Sektors der Wirtschaft ein.«

Es wird also bestätigt, daß alle großen,
leistungsfähigen Konsumvereine, der eigen-
liche Kern des Zentralverbandes, bereits ver-
nicht ist. Der Schlag vom Mai 1935 wirkt
sich wie folgt aus:

	1932	1935
(in 1000 RM)		
Gesamterlös Waren- geschäft	1.102.000	659.000
davon Bäckerei	154.000	82.000
Bilanzsumme	700.000	298.000
Mitglieder-Guthaben	82.000	44.000
Spareinlagen	322.000	87.000

Die Nazis haben vom Mai bis Dezember 1935
gründliche Arbeit geleistet, den Konsumver-
einen ist das Rückgrat gebrochen. Der Rest
wird in kurzer Zeit »privatisiert« sein.

Die Lage der GEG, die mit der GEPAG
(christliche Zentrale) zur Deutschen Groß-
einkaufsgesellschaft (Deugro) fusioniert
worden war, hätte sich mit dem Ausfall der
großen Konsumvereine katastrophal gestal-
tet. Um den plötzlichen Zusammenbruch zu
vermeiden, war es nach Dr. Zee erforderlich,
»daß die Verteilungstellen der aufgelösten
Verbrauchergenossenschaften als freie
Verkaufsstätten von neuen Trägern
fortgeführt werden und diese eine — zeit-
lich begrenzte — Bezugsverpflichtung der
Deugro gegenüber übernehmen.«

Die Nazis haben die Konsumvereine an ihre
Futterkrippen-Anwärter verschleudert, die
sie als Privatgeschäfte weiterführen dürfen.
Neben dieser sog. »Einzelprivatisierung« auf
selbständige Existenzen ist noch eine kapita-
listische Verwertung durch En-bloc-Über-
nahme zugelassen, nämlich die Weiterfüh-
rung

»durch eine Kapitalgesellschaft (Auffang-
gesellschaft), die gesellschaftliche Privati-
sierung.«

Diese Auslieferung des kollektiven Arbeiter-
Eigentums an Kapitalkonzerne nennt man
im Dritten Reich: »gesellschaftliche Ver-
wertung«. Es geht nichts über die antikapi-
talistische Sehnsucht der Nazis.

Schließlich gibt Dr. Zee einen Ueberblick
über den Stand der Entwicklung:

»Die Verwertung der Anlagen der liqui-
dierten Verbrauchergenossenschaften hat
sich bisher in folgender Weise entwickelt:
Etwa 10 Prozent der Verteilungstellen
(insgesamt rund 3000) der aufgelösten
Verbrauchergenossenschaften und der
zentralen Anlagen sind geschlossen,
35 Prozent sind auf Einzelkaufleute über-
führt.

55 Prozent sind oder werden voraussicht-
lich — zunächst — gesellschaftlich pri-
vatisiert.«

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine
hatte 1932 an eigenem Vermögen der Genos-

schaften 72 Millionen RM Geschäftsgut-
haben der Mitglieder, 70 Millionen RM an
Reserven und einen Gesamtverkaufserlös von
einer Milliarde Reichsmark zu verzeichnen.
Dieses aus Arbeitergrochen mühsam auf-
gebaute Riesenwirtschafts-Unternehmen ist
nach dem Bericht der »Blätter für Genossen-
schaftswesen« bereits zu 45 Prozent privati-
siert worden, der Rest von 55 Prozent wird
nach nationalsozialistischen Richtlinien »ge-
sellschaftlich privatisiert«.

Damit wäre in knapp vier Jahren der
hundertprozentige Raub des Arbeitereigen-
tums vollendet. Seine Ueberführung an die
deutschen Kapitalisten nennt man im Dritten
Reich »Vergesellschaftung«.

Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

1936 — Jahr der Siege

Aufruf des französischen Gewerkschafts-
bundes.

Ein Neujahrsaufwurf des französischen Ge-
werkschaftsbundes zählt folgende Erfolge auf,
die im Jahre 1936 unter der Regierung Blum
errungen worden sind:

Lohnerhöhungen, bezahlte Ferien, Betriebs-
räte, Anerkennung der Kollektivverträge,
Vierzigstundenswoche und — demnächst be-
vorstehend — Alterspensionen für Arbeiter.

»Diese Reformen« fährt der Aufruf mit be-
rechtigtem Stolz fort, »stellen unser Land
an die Spitze des sozialen Fortschritts«. Zum
Schluß wird erklärt:

»Die Arbeiterklasse ist der Sache der
Freiheit tief ergeben und wird fortfahren,
ihr zu dienen. Das kann sie nicht besser
tun, als dadurch, daß sie mit ihrer Arbeit
das Wohl der nationalen Gesamtheit för-
dert, durch den Plan großer öffentlicher
Arbeiten der noch immer zu weit verbrei-
teten Erwerbslosigkeit steuert und durch
die Verwirklichung der sozialen Gerechtig-
keit die mächtige Einheit der Nation wieder-
herstellt, die besonders notwendig ist in
einer Zeit, in der der Weltfrieden von so
vielen Gefahren bedroht ist.«

Der französische Gewerkschaftsbund hat
im Siegesjahr 1936 seine Mitgliederzahl von
1.002.500 auf 4.900.000 gesteigert.

Ihr Humor

Das Opfer als Faschingspuppe.

Die »Kölnische Volkszeitung« druckt eine
Vorausschau auf den — amtlich organisierten
— Kölner Rosenmontagszug. Darin
heißt es:

»Der Wagen Prinzessin auf der Erbse
ist eine Anspielung auf die wiedergewon-
nene Garnison und zeigt ein Mädchen, das
einem Rekruten eine Wurst reicht. Es folgt
der Wagen: Gestiefelter Kater. Ein wei-
terer politischer Wagen trägt
die Ueberschrift: Kein Märchen:
Der Nobelpreis. Erglöst die
bekannten Vorgänge um die Ver-
leihung des Nobelpreises in
Stockholm.«

Die Welt fragt: wo ist Ossietzki und fürcht-
tet für sein Leben. Deutschland antwortet
mit einem hässlichen Faschingsgrinsen.

Polizeisache. Das Thema Judentum ist auch
abgeleiert. Alte Platte für Minderbemittelte.
Komplizierter dünkt mir die Kunst, steigende
Unzufriedenheit des Volkes nach außen ab-
zulenken. Du kennst das schöne Schlagwort
>Volk ohne Raum«, nicht wahr?«

»Sehr wohl, Meisters, antwortete der
Novize und schaute zu dem Hinkenden auf.
>Wir brauchen mehr Raum, sonst verhungern
wir.«

»Gut«, sagte der Hinkende, »so fängts an.
Wir brauchen mehr Raum, damit Ordnung
wird in der Welt. Immer mit der Ordnung,
verstehst Du? Darauf fliegen die Völker in
der Krise wie die Bienen auf Zucker. Ord-
nung. Darum müssen draußen immer ein
paar Feuerchen brennen. Immer schüren hel-
fen. Immer mußst du deine Pfote unsichtbar
im Spiele haben. Unsichtbar, verstehst du.
Dann kannst du deine Presse los lassen!« »Seht
den Wirrwarr draußen, nur bei uns herrscht
Ordnung.« Draußen muß es immer ein biß-
chen paniken. Unsicherheit, Devisenflucht,
Währungsangst etc. Das schwächt die Ner-
ven. Immer springt für uns was dabei raus.«

»Und wenn daraus eine Weltpanik ent-
steht, Zusammenbrüche, Revolutionen?« —
fragte der Novize.

»Fein. Dann spielen wir die Retter. Unsere
Banden stehen bereit. Vom Bolschewis-
mus habe ich schon gesprochen. Ein unbe-
zahlbarer Popanz. Ganze Völker kann man
damit zersprengen. Immer davon reden, immer
als Retter der Kultur auftreten. Immer mit
den liberalistischen Idealen. Und wenn du die
Demokratie in Grund und Boden hast stamp-
fen helfen: immer mußst du die beste Demo-
kratie wollen. Alle Begriffe zu Brei machen,

verstehst du? Freiheit! Je mehr du die Frei-
heit verfolgst, um so lauter mußt du danach
schreien! Die Menschen dürfen nicht mehr
wissen, was oben und was unten, was gerade
und was krumm ist. Die große Verwirrung,
prägnant dir ein.«

»Kann auch zum Wahnsinn führen, zum
Chaos!«

Der Hinkende hütelte trocken. »Merkst
auch alles, Novize. Das Chaos ist unser Ele-
ment. Siehe oben: Chaos schaffen, dann Ret-
ter spielen, der Bolschewismus droht, das
Christentum ist in Gefahr, die Kultur vorm
Abgrund... Wenn dir wo ein Minister nicht
paßt, eine demokratische Volksfront ent-
steht, wenn wo was Ernsthaftes geschaffen
wird — immer ist es Bolschewismus, immer
bist du das Bollwerk, verstanden? Da-
für zahlen die Kapitalisten der Welt die höch-
sten Preise. Kredite winken. Abwarten! Frü-
her mal hieß die Kurve: schlechte Wirtschaft,
Not, Revolution. Heute: Bankrott, Not, Kre-
dite, weil sonst Bolschewismus droht. Früher
rappelte man sich mit langweiliger produk-
tiver Arbeit, Solidarität, Friedlichkeit, Loy-
alität wieder hoch. Aber das geht zu lang-
sam, wenn du zuviel versprochen und zuviel
zerstört hast.«

»Und wenn die Kredite zu lange auf sich
warten lassen?« fragte der Novize.

»Dann spielst du den wilden Mann. »Zu-
hilfe, oder ich muß Amok laufen!« Du kannst
dich heute bei jedem Coup auf die Angst der
anderen verlassen, auf die Angst vorm Krieg.
Auch das danken wir der Technik. Gift, Gas,
Luftbomben. Und das in den Händen einiger
Leute, die wilde Männer spielen — ganz
Europa bekommt die Gänsehaut, berät, steckt

den Kopf in Resolutionen, gründet Nichtein-
mischungsvereine.«

»Und wir, Meister, sind wir gegen Nicht-
einmischung?«

»Dummkopf, muß ich dir das erst sagen?«
Immer grundsätzlich für Verständigung, für
Frieden, für Nichteinmischung. Den anderen
ihre Illusionen lassen, sie müssen immer was
zu tun haben, immer in guter Hoffnung sein.
Laß doch dem Kind die Buletten! Du machst
heimlich, was du willst, immer Schritt für
Schritt, Erfolgchen um Erfolgchen. Bis sich
die anderen dran gewöhnt haben und schon
auf deinen nächsten Coup warten. Weißt du,
wie jener Mann im Hotelzimmer: wann fliegt
endlich der zweite Stiefel an die Wand...
hahaha...« Der Hinkende schüttelte sich vor
Lachen.

»Und wenn es einmal schlief geht? Wenn
der Funke ins Pulverfaß fällt?«

»Dann berät der Völkerbund erst und alar-
miert die Feuerwehr und außerdem haben
meine Rezepte dann schon soviel strategi-
sche und taktische Erfolge gebracht, daß die
Schlacht schon halb für uns entschieden ist.«

Der Novize starrte in die Luft. Etwas
mahlte sichtlich in ihm. »Noch eins, bitte, Mei-
ster. Wenn man nun soviel vom Sozialismus
geredet hat, daß die Völker davon trunken
werden und ihn wirklich machen wollen?«

»Habe ich schon behandelt. Siehe Bolsche-
wismus.«

»Und wenn es — — wenn es eines Tages
keinen Bolschewismus mehr gäbe?«

Der Hinkende zog die Brauen hoch: »Wie
meinst du das, Nörgler? Wie kommst du
darauf?«

»Ich meine, wenn er sich eines Tages zur

Vom Kulturkampf in Deutschland

Hochherrschafliche Freigeisterei!

In der Halbmonatsschrift der »Bekenntniskirche«, der »Jungen Kirche«, gibt ein Pfarrer der Reichshauptstadt jetzt einige Daten über die neue Form der Kirchnaustrittsbewegung in Deutschland, soweit er sie aus seiner Pfarrei übersehen kann, bekannt. Der Geistliche schreibt:

»Während früher die Ausgetretenen mehr den sogenannten einfachen Volksschichten und dem Arbeiterstand angehörten, so ist es jetzt umgekehrt! Von den 230 (von Januar bis Oktober 1936 aus der Kirche ausgetretenen) Personen waren nur 14 aus dieser Volksschicht. Dagegen setzt sich die große Zahl der anderen zusammen aus Ingenieuren, Studenten, Beamten, Behördenangestellten, Lehrern und Büroangestellten. Darunter: ein Magistratsoberbaurecht, ein Standesamtsleiter, ein Oberstudienrat, ein Stabsführer im Rasse- und Siedlungsamt, ein Referent im Luftfahrtministerium...«

Man sieht deutlich: Freigeisterei ist in Hitlerdeutschland die Angelegenheit der Karrierebegehrten geworden. Ganz unmittelbar sind die Zusammenhänge in Baden sichtbar geworden: Hier hat der »Reichstatthalter« gleich mit einer Sammelliste, an deren Spitze er selbst prangt, seinen Kirchnaustritt erklärt; auf der Liste stehen die Namen von nicht weniger als 53 hochstehenden Beamten und Beamtensfrauen der badischen Regierung...

Gründung des »Christlichen Gewerkschaftlers« im ober-schlesischen Industriegebiet

In Kattowitz und Bielitz, also in dem von Deutschland abgetretenen Teil des ober-schlesischen Industriegebietes, ist mit dem 1. Januar des neuen Jahres die erste Nummer des Blattes »Der Christliche Gewerkschaftler, Organ der Christlichen Gewerkschaft« erschienen. Als ein getarnter Nebenladen der Ley'schen »Arbeitsfront« (die Tarnung erfolgte wegen der polnischen Staatsgesetze) ist von den Nazis des genannten Gebietes im Jahre 1935 die »Gewerkschaft Deutscher Arbeiter« aufgezo-gen worden. Sie war von vornehmlich ganz dem Nazismus verschrieben; die bisher christlich organisierten Arbeitnehmer unterlagen jeglichem Druck, um sie in dieser Organisation der »Gleichschaltung« entgegenzuführen.

Das Erscheinen der neuen christlichen Gewerkschaftszeitung ist nunmehr der Beweis dafür, daß auch in den breiten Schichten der nicht-sozialistischen Arbeitnehmerschaft Pol-nisch-Oberschlesiens der Wille zur Abwehr des Nationalsozialismus — wach und auf-recht geblieben ist. Ausdrücklich stellt der Einführungsartikel des neuen Blattes an seiner Spitze fest, daß »die Christliche Gewerkschaft ihrer geistigen Grundhaltung nach den National-

sozialismus ablehnen muß.« In einem folgenden Beitrag des Generalsekretärs des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften, J. P. Serrarens, der zugleich einen Rückblick auf das traurige Schicksal der christlichen Gewerkschaften in Hitlerdeutschland tut, wird dieses grundsätzliche Leitmotiv noch viel unzweideutiger unterstrichen; in ihm heißt es wörtlich: »Deutschland leidet schwer unter der nationalsozialistischen Krankheit, die seinen Körper heimsucht. Aber deutsche Arbeiter, die noch freie Luft atmen, die noch Verantwortung haben für ihre eignen Taten, sie wollen sich nicht freiwillig gleichschalten. Sie wollen nach wie vor ihre eignen Rechte verteidigen in der Organisation, die sie selbst zu diesem Zwecke schaffen und leiten.«

Säule des Papen-Katholizismus geborsten

Der diffamierenden Abhalfterung des ursprünglichen dem »politischen Katholizismus« so ganz verschriebenen, dann bis auf alle Nüancen des Streicher-Antisemitismus gleichgeschalteten Ober-Rechtswahrer Karl Schmitt, ist die noch schimpflichere Erledigung eines anderen »berühmten« Papen-Katholiken in Deutschland, die den Kon-sistorialrates Dr. Scherer, auf dem Fuße gefolgt. Scherer war der Gleichschaltungs-beauftragte für das katholische Auslands-deutschtum. In dieser Eigenschaft hatte er seiner Zeit den um seine katholisch-deutsche Sache hochverdienten Dr. Pant in Polen, wie es ihm Göbbels befahl, zur Strecke gebracht. Ganz deprimierend für die katholische Sache in Hitlerdeutschland war es aber, als sich dann grade die katholische Autorität Dr. Scherer öffentlich in einer Anwendung von politischem Masochismus sogar für die »De-visenverbrecher-Justiz des Dritten Reiches« einsetzte, also unmittelbar von katholischer Seite selbst Priester, Mönche und Nonnen, un-schuldig dem Propagandabedürfnis des Regimes ans Messer geliefert wurden. Dieser Scherer wurde jetzt selbst verhaftet — und zwar angeblich wegen Devi-senverbrechen! Es ist ihm allerdings, viel-leicht durch einflußreiche Gönner bei der Gestapo gelungen, aus der Haft zu fliehen. Er lebt seit einigen Tagen, wie katholische Anti-Hitler-Quellen sich vernehmen lassen, als Emigrant in Lugano. Mit Scherer ist ohne Zweifel die Persönlichkeit aus dem Papen-kreis unmittelbar von der Bühne mehr als fragwürdiger Tätig- und Geschäftigkeit ver-schwunden, die direkt hinter dem »Herren-reiter« die unmittelbarste Verantwortung für die prekäre Lage trägt, in die sich die »Katho-lische Front« in Hitlerien hineinmanövrieren ließ.

Was ist ein »Bubenrudel«?

Dem letzten Hirtenbrief des bayrischen Episkopates — wohlgeleitet: von allen Kan-geln Bayerns verlesen vier Wochen nach dem

durch die »Friedenslegende reichlich ausge-schmückten Renkontre Hitler-Faulhaber — entnehmen wir die folgende, wörtlich übernommene Stelle:

»In letzter Zeit wurden sogar insgeheim »Bubenrudel« gebildet, welche den Religi-onsunterricht und die Bibelstunden un-merklich zu überwachen und die jeweilige tägliche Tendenz festzustellen haben. Es ist auch ein »Erzählerkreis« zu bilden, der durch Erzählen von Anekdoten, Sagen und Kurzgeschichten dem Bibelunterricht ent-gegenwirken soll. Den Eltern gegenüber sol-len die »Rudelbuben« als Autoritätspersonen auftreten, um den Einfluß des Gegners aus-zugleichen... Alle Beobachtungen, auch die kleinsten, sind an den Jungbannführer un-ter Umgehung des Dienstweges zu melden. Heißt das nicht jede Autorität von Grund auf vernichten? Heißt das nicht die tief-sten Spaltungen in die Familie hineintragen? Usw.«

Gewiß — nur möchte man die hochwürdig-ten Herren vom bayrischen Episkopat fra-gen, was sie mit den Verbündeten aus dieser Sorte von Mensch eigentlich »gegen den Bol-schewismus« ausrichten wollen?

Katholisches Anathema gegen Hitler

Das vielleicht schärfste und moralisch tödlichste Urteil, das bisher je über die mo-derne Form der politischen Despotie im all-gemeinen und der Hitleret im besonderen ge-fällt worden ist, stellt eine Kundgebung dar, die — nach der Pariser Korrespondenz »Kul-turkampf« — die Erzbischöfe und Bischöfe der römisch-katholischen Kirche in USA, im Verwaltungsausschuß der dortigen katholi-schen Wohlfahrtskonferenz, jetzt an die Oef-fentlichkeit herangebracht haben. Darin heißt es nämlich u. a.:

»Die Diktaturen in der Alten und in der Neuen Welt, die die Menschen der Gottes-gabe des Glaubens, der geistigen und intel-lektuellen Freiheit beraubt haben, unter-warfen sie einem Regime der Furcht und des Schreckens... In einem Falle ver-sprach man eine größere Beteiligung an der Regierungsgewalt, im anderen die Wiederherstellung der nationalen Souverä-nität und des nationalen Ansehens, im drit-ten eine gerechtere Verteilung von Eigen-tum und Reichtum. Der Klassengegensatz wurde angefaßt, Recht und Gesetz be-seitigt; die Menschen wurden aufge-fordert, sich der Massenleidenschaft für Mord und Zerstörung und dem Herdentrieb für blinde Unterwerfung unter einen Füh-rer zu überantworten. Bittere Erfahrung hat die Versprechungen und Behauptungen aller Gründer der modernen Despotie Lügen gestraft. Diejenigen, die unter der Tyrannei leben, haben kein Recht zu denken, zu lesen und zu beten, ausgenommen die Gnade ihrer despotischen Herren gewähre ihnen dies. Das Volk fürchtet und wird gefürchtet. Die Spülheraugen und die gewalttätige Hand der Regierung folgen den Menschen in alle Be-reiche ihres privaten Lebens. Alle Natur-triebe, die Freundschaft, die Familienver-bundenheit, die Achtung für das Wahre und Edle müssen den überragenden Forderungen des Staates unterworfen werden. Der Mil-litarismus blüht wie nie zuvor und niemand kann voraussagen, wann der Funke ge-

schleudert wird, der die Welt in eine all-gemeine Katastrophe des Todes und der Ver-nichtung hineinreißen wird.«

Worauf bezieht sich das konkret: auf Boli-vien oder Venezuela, auf Sowjetrußland oder Horthy-Ungarn? Oder gar auf Hitlerdeutsch-land? Es sind in diesem mutigen Verdikt ganze Sätze, die nur die eine Bedeutung haben können — nämlich die, den unmittel-baren Gegenwartsbefund ausschließlich des deutschen Nationalsozialismus zu treffen und zu brandmarken!

Ein »Marienbild« staatsgefährlich!

Aus Hindenburg wird uns geschrie-ben: Trotz aller Bemühungen der Naziorgani-sationen, im Grenzland die sogenannte Volks-gemeinschaft zu festigen, stoßen sie immer wieder auf aktiven Widerstand, der einen Teil der Bevölkerung, der auch die polnische Sprache beherrscht, veranlaßt, sich in die noch unter dem Schutz der Genfer Konven-tion stehenden polnischen Minderheitsorgani-sationen zu flüchten, um sich hier größere Bewegungs- und Meinungsfreiheit zu sichern. Nun ist bekannt, daß die Siedlung bei Mathe-dorf in der Nähe von Gleiwitz, stark mit pol-nischen Minderheitsangehörigen durchsetzt ist. Dies veranlaßte den Sturmbannführer des Breslauer Siedlerbundes, dem auch Mathe-dorf untersteht, hier eine Kontrolle durchzu-führen. Mitte Dezember erschien dieser Sturmbannführer in der Siedlung und ging nun von Haus zu Haus und von Woh-nung zu Wohnung. Die Ausfragung galt besonders, ob man noch zum polnischen Got-tesdienst gehe und warum man so viele Hei-ligenbilder in den Wohnungen habe. Selbst-verständlich wurde besondere Nachfrage nach dem Bilde des Führers gehalten und wo man ein solches nicht vorfand, fehlte es nicht an Drohungen, daß man bald Ordnung schaffen werde.

In einigen Arbeiterfamilien machte man förmliche Jagd auf die »Schwarze Maria«, im ober-schlesischen Volk ist das Bild der Mutter Gottes von Tschestochau sehr oft vertreten. Der Sturmbannführer scheute sich nicht, das Bild sehr oft von der Wand herunterzunehmen und zu fragen, was man denn mit diesem »Marienbilde« bezwecke, es hätte doch im neuen Deutschland keinen Platz mehr. Auf die Antwort einer Frau, daß sie doch das von den Eltern geerbt habe und als ein Gedenk-stück aufbewahre, forderte der Sturmbann-führer die sofortige Entfernung des Bildes, da es staatsgefährlich sei. Als die Frau beim Befragen betonte, daß es ihr ja gleichgültig sei, ob sie zum deutschen oder polnischen Gottesdienst gehe, wurde sie vom Sturmbann-führer befehrt, das sie im neuen Deutschland sich eben an das Deutsche zu halten habe, sonst müsse sie einer nationalen Erziehung unterworfen werden und sie wisse wohl, was das bedeutet. Die »allmächtigen Herren« Deutschlands sehen schon in einem polnischen Marienbild eine Staatsgefahr, wie muß ihnen da erst bei der polnischen Freundschaft zu-mute sein?

Demokratie entwickelt... Meinungsfreiheit, Wahlrecht, Parlament...«

»Das wird er nicht, das darf er nicht!« Der Hinkende stampfte mit dem Pferdefuß. Bei Satans nichtarischer Großmutter, ver-dirb mir die Hand nicht! Ein Meckerer bist du, ein Mißmacher, ein Vernünftler! Mag die Hölle selbst dich einteufern! Intellektbestie! Mir meine Rezepte so zu beschreiben! Er spie dreimal gegen den Wind, scharrte ein Drudenkreuz in den Sand und feuerte sieben-mal mit dem Pferdefuß hintenaus, ehe er in der Gaswolke seines Autos entschwand.

Bruno Brandy.

Neue Bücher

Als Delegierter eines Komitees gegen Krieg und Faschismus wurde Egon Erwin Kisch im Oktober 1935 zum Antikriegs-kongreß nach Melbourne entsandt, aber die australischen Behörden wollten seine Einreise verhindern. Mit einem Sprung vom Schiff und gebrochenem Bein landete er, und infolge dieser Tatsache war sein Gastspiel in Austral-ien nicht mehr zu unterbinden. Von dieser Reise und diesem Gastspiel erzählt er in sei-nem neuen Buche »Landung in Austral-ien« (Allert de Lange). In der an ihm ge-wöhnten knappen, humorvollen Art berichtet er über die Geschichte der alten Sträflings-kolonie, über Buschneger, Wollhändler, Far-mer, Rennpferde und Haifische. Er kritisiert auch Gewerkschaften und Arbeiterpartei, vor-sichtig und wohlwollend, denn ohne ihr ent-schiedenes Eingreifen wäre er mit dem näch-sten Dampfer abgeschoben worden. Aber daß er den Zusammenhängen der Labour- und Ge-

werkschaftspolitik gerecht wird, muß ent-schieden bezweifelt werden. So ironisiert er die Versuche Australiens, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und während er noch naiv fragt, wer eigentlich dem kleinsten Kontinent etwas tun will, macht die sowjet-russische Presse schon auf die Gefahren auf-merksam, die Australien durch das deutsch-japanische Bündnis drohen. Und Rußland gäbe einiges darum, wenn England sich heute auch auf eine fertige australische Armee stützen könnte. Nein, Kisch in der Politik, das ist der allzu rasende Reporter, den Blick verengert durch kommunistische Scheu-klappen. Wo immer er jedoch Gesehenes wiedergibt, ist er amüsant, mit starkem Sinn für die Komik auch der tragiatischen Dinge.

Das Arbeiter-Jahrbuch 1937, herausgegeben im Verlage der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, dient dem Thema Volk und Dichtung. Das mag manchem in diesen kampfklingenden Zeiten zu beschaulich klingen, aber gerade der turbu-lenteste Kampfklarm macht Pausen der Be-sinnung nötig, die dem Ziel gelten. In einer Reihe interessanter Aufsätze wird das Ziel sichtbar gemacht, wird die Verbundenheit von Volk und Kunst, von Dichtung und Mutter-erde behandelt. Proben aus der Literatur alter und neuer Zeiten füllen das von Ernst Paul und Emil Franzel besorgte Buch, ausgezeichnete Illustrationen und Reproduk-tionen wertvollen alten Kulturgutes beleben das Ganze. Ueber allem schwingt ein kämp-ferisches Leitmotiv: wie nur Freiheit und

Demokratie eine wahre und große Kunst er-möglichen, so können nur Freiheit und Demo-kratie zur Vermählung von Volk und Dich-tung führen. Jeder Gesinnungszwang stellt sich hindernd zwischen Kunst und Leben. Und so dient auch dieses gut sudetendeutsche Jahrbuch der großen Aufgabe, den Kultur-ligen der Diktatoren entgegenzutreten. Br.

Deutsche Tierfabel

An einem taufrischen Sommermorgen frühstückte eine Ziege nach Ziegenart am Bahndamm bei Grünau. Sie naschte hier und naschte dort das leckere Gras. Da wünschte ihr eine Weinbergsschnecke einen »Guten Morgen«.

»Was rennst Du so?«, rief ihr die stets zu lösen Streichen aufgelegte Ziege zu.

»Ich will zu meiner Tante nach Schmök-witz«, sagte die Schnecke.

»Ei«, rief die Ziege, »da bin ich zu Haus. Ich schlag Dir einen Wettlauf vor. Wer zu-erst am Bahnhof ist hat gewonnen und darf den schönsten Salat essen.«

Die Schnecke sah die Ziege von der Seite an und sagte: »Du scherzest wohl nur?«

»Nein, nein«, sprach die Ziege, »es ist mein heiliger Ernst.« Dabei zuckte ihr Bart recht verräterisch, denn sie war ein durchtriebener Schelm.

Die Schnecke glaubte zwar nicht recht an ihren Sieg, aber das Angebot der Ziege war eine große Ehre für das ganze Schnecken-geschlecht und für die Sippe der Weinberg-schnecken eine ganz besondere. »Na, dann loss«, rief die Schnecke.

Die Ziege rannte wie der Blitz davon. Die Schnecke beschleimte die Rennstrecke und kroch im eiligsten Schneckentempo nach.

Nach drei Monaten war sie am Ziel. Von der Ziege war nichts zu sehen. Das verwun-derte die Schnecke sehr. Endlich am nächsten Morgen kam die Ziege an. Die sah nicht gut aus! Struppig, mit zerschundenem Fell, mit verbundenem Kopf, auch fehlten ihr die vor-deren Zähne.

»Du bist Sieger!« rief sie der Schnecke zu, die vor Staunen ihre Stielaugen hin und her bewegte.

»Beste Ziege, wie siehst Du aus! Wo warst Du so lange?«

»Im KZ«, klagte die Ziege. »Schuld ist meine schwatzhafte Neugier. Ich meckerte links und meckerte rechts, das hörte an der jungen Schonung ein Sturmbannführer, der mich verhaftete und mich nach Oranienburg zur Behandlung brachte. Gestern Mittag kam ich heraus, und nun habe ich die Wette ver-loren.«

»Ja, ja«, sagte die Schnecke, »warum mußtest Du auch im Dritten Reich meckern. Sieh mich an: Ich schleime und krieche und komme damit am besten fort.«

Keine Götter neben ihm

»Der Dienst für den Führer, an der Bewegung und damit an unserem Volke sei uns in der Schutzstaffel Gottes-dienst.«

Aus dem Neujahrsgruß des Führers des SS-Oberabschnitts Nordost Redieß »an alle Mitkämpfer«.

